

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 28.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 12. Juli 1913.

Redakteur: H. Heutmann, Düsseldorf, Raballeriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Sinnspruch.

Es kann die Ehre dieser Welt
Dir keine Ehre geben,
Was dich in Wahrheit stützt und hält,
Muß in dir selber leben.

Wenn's deinem Innersten gebricht
An echten Stolzest Stütze,
Ob dann die Welt dir Beifall irticht,
Ist all' dir wenig nütze.

Das flücht'ge Lob, des Tages Ruhm
Magst du dem Eitlen gönnen;
Das aber sei dein Heiligum:
Vor dir bestehen können.

Das sozialdemokratische Verbrechen an der Krefelder Arbeiterschaft.

Das ist der Fluch der bösen Tat,
Daß sie fortzeugend Böses muß gebären.
II.

Die Solidaritätsbewegungen bilden einen besonders dunklen Punkt in dem Krefelder Färberstreik. Sie zeigten die Leitung des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter auf der Höhe ihrer strategischen Kunst und zwar mit der Wirkung, daß sie in weitesten Kreisen den letzten kümmerlichen Rest von Ansehen und Vertrauen vollends verlor. Leider haben auch hier die Arbeiter die Kosten dieser famosen Kriegsführung zu tragen. — Die Solidaritätsbewegungen sollten die Streikarbeit für Krefeld verhindern und das ganze „nationale und internationale Seidenfärbepoletariat“ zugunsten des Krefelder Streiks in Bewegung setzen. Durch diesen „Riesenruck“ würden die Krefelder Färbereibesitzer zum Nachgeben gezwungen werden. Der Verband „deutscher“ Textilarbeiter aber würde als der unentwegt Mutige, allzeit Tapfere und Riesentapfer angestaut, bewundert und gefürchtet werden. Es ist anders gekommen, als die Unglücksraben vom „deutschen“ Verbands erhofft haben. Aber auch den vollständigen Bankrott dieser Taktik haben die „deutschen“ Führer selbst verschuldet. Unglücklicher Weise kamen sie ganze 10 Wochen zu spät auf den Gedanken, die Streikarbeit überall nach Möglichkeit zu verhindern. Als die internationalen Sympathiebewegungen begannen, standen in den Krefelder Färbereien bereits so viele Arbeitswillige, daß sie den ganzen Färbereibetrieb mindestens zu Zweidrittel aufrecht zu erhalten vermochten und die Färbereibesitzer auf die auswärtige Streikarbeit gar nicht mehr in so bedeutendem Maße angewiesen waren. Die Bewegungen kamen also mindestens 8—10 Wochen zu spät. Sie kamen aber auch deshalb zu spät, weil mittlerweile die neugegründete Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände den Krefelder Färbereibesitzern ihre volle moralische und materielle Unterstützung zugesagt, wodurch diese eine ganz erhebliche Stärkung ihrer Position erhalten hatten. Selbst unter der Krefelder sozialdemokratischen Arbeiterschaft scheint man der Meinung zu sein, daß die „deutsche“ Verbandsleitung mit den internationalen Bewegungen reichlich spät kam, denn in einer Sitzung des sozialdemokratischen Gewerkschaftskartells von Krefeld vom 25. Juni äußerte sich der Kartellsekretär, Gerosse Schwarz, dahin, daß in Zukunft sofort internationale Maßnahmen zu treffen seien. So konnten diese Solidaritätsbewegungen gar kein anderes Resultat haben, als ein jämmerliches Fiasko.

Die Sympathiebewegungen begannen im Wuppertale. In den Färbereien des Tals machten die

Mitglieder des „deutschen“ Verbandes von Beginn des Krefelder Streiks an Streikarbeit. Unser Verband mußte zuerst auf diese Tatsache aufmerksam machen und der „deutschen“ Leitung ihre Pflicht in Erinnerung bringen. Diese leugnete anfänglich mit gemeinen Schimpf- und Schmähreden auf unsere Organisation ab. Als aber die Aussperrung in Krefeld aufgehoben war, unsere Mitglieder wieder in den Betrieben standen und der „deutsche“ Verband allein die Kosten des Streiks zu tragen hatte, da gab die sozialdemokratische Verbandsleitung die Streikarbeit indirekt zu. Die Färber Barmens erklärten zunächst, nur eine Ueberstunde mehr machen zu wollen. Später traten sie in den Streik. Die Unternehmer sagten eine Lohnerhöhung zu, die sofort nach Beendigung des Krefelder Streiks, spätestens jedoch am 1. August, in Kraft treten sollte. Die Arbeiter beschloßen daraufhin die Aufhebung des Streiks. In einer Entschließung erklärten sie, aus solidarischen Gründen keine Ueberstunden mehr machen zu wollen. Dann kam der jämmerlich verkrachte Riemendreherstreik, der mit der Begründung abgebrochen wurde, daß der Verband „deutscher“ Textilarbeiter wegen des Streiks in Krefeld nicht in der Lage sei, einen zweiten größeren Kampf aufzunehmen. Noch zitterte die Erregung über diese elend verkrachte Bewegung nach, als am 9. Juni die Färber zum zweiten Male in den Streik traten. Die famose „deutsche“ Führung hoffte, durch diesen zweiten Färberstreik die Barmer Färbereibesitzer zu bewegen, auf ihre Krefelder Kollegen zugunsten der Streikenden einzuwirken. Die Färber stellten jetzt weitergehende Lohnforderungen, obwohl sie sich beim ersten Streik mit dem Versprechen der Unternehmer zufrieden gegeben hatten. Aber schon nach 8-tägiger Dauer mußten sie den Streik bedingungslos abbrechen. Die „Erfolge“ des Barmer Streiks sehen nach einem Bericht des „Generalanzeigers“ von Elberfeld und Barmen so aus:

„Einen Erfolg haben die Färber nicht erzielt. Es bleibt bei dem ursprünglichen Angebot der Färbereibesitzer, daß den Färbereihilfen nach Beendigung des Krefelder Streiks, spätestens vom 1. August ds. J. ab, eine Lohnerhöhung von 1 M. pro Woche zuteil werden soll. Die Beschränkungen, die den Färbereihilfen wegen der Verrichtung von Streikarbeit vor dem Ausstand im Wuppertal auferlegt worden waren, sind fallen gelassen worden. Die Färbereibesitzer haben mithin völlig freie Hand hinsichtlich der Ausführung von Streikarbeit. Auch ist es ihrer Entscheidung überlassen worden, welche Arbeiter sie wieder einstellen wollen. Die Einstellung erfolgt nur nach Bedarf.“

Tatsächlich ist denn auch trotz der kurzen Dauer des Ausstandes eine Anzahl Färber nicht wieder eingestellt worden.

Die von dem „deutschen“ Verbands in Barmen eingeschlagene Taktik ist geradezu ein Muster von Hilflosigkeit und Verramtheit. Zunächst durften die sozialdemokratischen Färber des Wuppertals Streikarbeit machen soviel sie Lust hatten, Nachts und Sonntags arbeiten; dann mußten sie beschließen, nur noch eine Ueberstunde pro Tag zu machen. Dann wurden die Ueberstunden untersagt und endlich, nachdem für Krefeld nichts mehr zu retten war, da traten sie in den Ausstand, um jegliche Streikarbeit zu verweigern. Nach anderthalbwöchigem Streik gehen sie bedingungslos wieder in die Betriebe hinein. So was ist in der deutschen Gewerkschaftsbewegung sicher noch nicht dagewesen, wie diese Gewerkschaftsstrategie der sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandsleitung. Ein nicht minder gründliches Fiasko, das aber für die beteiligten Arbeiter viel ernstere Folgen nach sich zog, erlebte die „deutsche“ Verbandsleitung mit ihren internationalen Solidaritätskundgebungen. Auf sie tat sich der „deutsche“ Verband viel zugute. Mit einem ungeheueren Aufwand an Phrasen und Schlagworten versuchte der „Textil-

arbeiter“, seinen Lesern glaubhaft zu machen, daß die Leitung seines Verbandes auf einen ungeheuer geschätzten Gedanken gekommen sei und der Sieg der Krefelder Färber nunmehr nur noch die Frage von einigen Tagen sein könne. Selbst in Amerika hätten die Färber ihre Solidarität mit den streikenden Genossen in Krefeld bekundet. Natürlich halfen diese amerikanischen Solidaritätskundgebungen den Krefelder Streikenden ebensowenig, als sie auf die Krefelder Unternehmer auch nur irgend welchen Einfluß ausübten. In Frankreich (Lyon) und Italien (Como) kamen die Sympathiekundgebungen über einige Brandreden der Beamten des „deutschen“ Verbandes und einige schwung- und stylvolle Resolutionen nicht hinaus. Einen ernsteren Charakter nahmen die Bewegungen in der Schweiz an. In Zürich, Basel, Thalwil traten zusammen einige tausend Färbereiarbeiter in den Streik. Der Verband „deutscher“ Textilarbeiter bezahlte nach einer Versicherung des Herrn Köffel, des zweiten Vorsitzenden des Verbandes, die Kosten. Aber auch diese Streiks sind vollständig zusammengebrochen. Auch hier erlitten die von der Leitung des „deutschen“ Verbandes „glorreich“ „geführten“ Arbeiter eine furchtbare Niederlage. Bedingungslos haben sie nach 6-wöchigen Kampfe die Arbeit aufnehmen müssen. Auch diese verlorenen Streiks haben große materielle und persönliche Opfer verschlungen. Auch in der Schweiz liegen zahlreiche Färber auf der Strafe. Wie berichtet wird, gingen Arbeiter, die in Barmen nicht wieder eingestellt wurden, nach der Schweiz und nahmen dort Arbeit an. So halfen sie mit an dem Zusammenbruch der Solidaritätsstreiks. Sicher ist, daß bisher im Wuppertale für Basel und Zürich Streikarbeit gemacht wurde. Außerordentlich vielversprechend ist eine Mitteilung in No. 733 (25. Juni) der „Kölnischen Zeitung“; da heißt es: „In Basel, wo die Färbereiarbeiter immer noch streiken, sind größere Gruppen von Arbeitswilligen, die vordem in Elberfeld arbeiteten, eingetroffen.“

Man hat mit den schweizerischen Arbeitern das denkbar unehrlichste Spiel getrieben. Die Wahrheit über die Vorgänge in Krefeld haben die Leute nie erfahren. Der Stand des Krefelder Streiks wurde ihnen auch dann noch als gut und aussichtsreich geschildert, als er unmittelbar vor dem Zusammenbruch stand. So bringt die sozialdemokratische „Volkswacht“ aus Freiburg in ihrer No. 142 unterem 20. Juni aus Basel folgende Meldung:

„Nach den Erkundigungen der Streikleitung ist die Arbeit in Elberfeld nicht bedingungslos aufgenommen worden, die Arbeiter haben eine Lohnzulage erhalten und die Zusicherung, daß der schon lange bestehende Lohnzins einer Revision im Sinne der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unterzogen werden solle. Nicht bestätigt wird dagegen die Nachricht, daß der Streik in Krefeld beendet worden sei; dort dauert der Streik unbesändert weiter.“

In dieser Notiz werden die streikenden schweizerischen Arbeiter direkt belogen. Unwahr ist, was in der Notiz über Elberfeld (soll Barmen heißen) gesagt wird. Nichts haben die Färber dort erreicht. In Krefeld aber war der bedingungslose Abbruch des Streiks bereits am 19. Juni beschlossene Sache.

Mit derselben Unehrlichkeit hat der sozialdemokratische Verband aber auch die Krefelder Streikenden behandelt. Wohl selten sind Arbeiter von den verantwortlichen Personen einer Berufsorganisation derart hintergangen und in die Irre geführt worden, wie in diesem Fall.

Den Färbern wurde der volle Erfolg des Streikes noch in nahe Aussicht gestellt, als die „Leiter“ des Verbandes die Reden bereits in der Tasche hatten, die den bedingungslosen Abbruch des Kampfes begründen sollten.

Stand und Entwicklung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912.

Wenngleich auch im allgemeinen im vergangenen Jahre eine flotte Geschäftskontunktur zu verzeichnen war, so machten doch einige bedeutende Berufsgruppen davon eine Ausnahme. Die internationalen politischen Wirren, Erschwerung und Verteuerung des Rohstoffbezuges, außerordentlich hoher Selbststand und andere Dinge haben in einigen Industrie- und Gewerbegruppen außerordentlich nachteilige Wirkungen ausgelöst. Wir erinnern nur an den schleppenden Geschäftsgang in manchen Branchen unserer Textilindustrie, an das vollständige Darniederliegen des Baumarktes und endlich an die nicht unerheblichen Absatzrückungen in anderen Zweigen der Fertigwarenindustrie.

So kam es, daß der Arbeitsmarkt durchaus keinen gleichmäßig günstigeren Stand als das Vorjahr aufwies; im Gegenteil, in den meisten Monaten war das Angebot an Arbeitskräften, wenn auch nicht wesentlich, größer als im Vorjahre. Die Lohnkurve vermochte sich denn auch nicht besonders stark zu heben, was um so unangenehmer empfunden werden mußte, als die Preise der wichtigsten Lebensmittel sich hartnäckig auf ihrem hohen Stande hielten.

Daß diese Dinge nicht förderlich auf die Entwicklung unserer Gewerkschaften einwirken, liegt auf der Hand. So stimmt auch der Verband „deutscher“ Textilarbeiter in der letzten Nummer seines Organs lebhaft Klagen an über einen relativen Rückgang der Einnahmen und über ein ganz erhebliches Anwachsen der Ausgaben, jedoch die Finanzlage des Verbandes ganz aus dem Gleichgewicht gekommen sei.

Für unsere christlichen Berufsverbände kommen dann noch einige besondere Umstände hinzu, die ihrer Entwicklung nicht förderlich waren. Bergarbeiterstreik, Reichstagswahl, Gewerkschaftsstreit u. a. Zwar haben diese Vorkommnisse eine Gesundung des Gewerkschaftslebens herbeigeführt, jedoch die äußere Entwicklung naturgemäß etwas gehemmt. Für einige Verbände kamen dann noch spezielle Dinge hinzu, wie Beitragserhöhung, Verbandsreform, Aufstellung einzelner Verbände in mehrere Berufsorganisationen, die eine vorübergehende Störung oder gar einen Rückgang in der Mitgliederbewegung brachten.

Die Mitgliederbewegung.

Diese Tatsachen muß man im Auge behalten, wenn man an eine Prüfung des Jahres im „Zentralblatt“ veröffentlichten Jahresberichts der christlichen Gewerkschaften herantreten will. Es ist eine Steigerung der Mitgliederziffern, jedoch nur eine kleine, zu verzeichnen.

Nach dem Jahresdurchschnitt berechnet, steht der Gesamtzahl der Mitglieder von 340957 in 1911 eine solche von 344687 in 1912 gegenüber, was einer Steigerung um 3730 = 1,1% gleichkommt.

Die einzelnen Verbände sind in ungleichmäßiger Weise von der Mitgliederentwicklung betroffen worden. Es gewinnen, vom Jahresdurchschnitt aus gerechnet: die Bauarbeiter 3736 Mitglieder, die Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter 2110, die Holzarbeiter 1818, die Metallarbeiter 1391, die Steinarbeiterinnen 1189, die Keram- und Steinarbeiter 808, die württembergischen Eisenbahner 622, die Gashausangehörigen 564, die Maler 484, die Schneider 449, die Lederarbeiter 372, der graphische Zentralverband 368, die Nahrungs- und Genussmittelarbeiter 308, der Gutenberg-Bund 169, die Krankenpfleger 166, die Gärtner 18, die bayerischen Eisenbahner 1. Es büßten ein: die Bergarbeiter 6600 Mitglieder, die Textilarbeiter 2494, die deutschen Eisenbahnamtwerker und Arbeiter 1253, die Tabakarbeiter 469, die Telegraphenarbeiter 27.

Wie im Vorjahre, so ist auch in 1912 wiederum ein Anwachsen der Zahl der weiblichen Mitglieder zu verzeichnen und zwar um insgesamt 856. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug 28008. In 1911 war das Anwachsen der Zahl der weiblichen Mitglieder auffallend stark auf Seiten der Textilarbeiterinnen in Erscheinung getreten. Diesmal ist dieselbe Gruppe vom Rückgang betroffen worden, jedoch nicht stark genug, als daß nicht doch ein weiteres Anwachsen, woran in erster Linie die Steinarbeiterinnen beteiligt sind, das Schlussergebnis bildet.

Die Kassenverhältnisse.

Diese legen Zeugnis davon ab, daß die Bewegung sich weiter entfaltet hat und erstarkt ist, wenn dies auch in den Mitgliederverhältnissen weniger zum Ausdruck kommt, daß somit die Grundlage, auf welcher die christlichen Gewerkschaften arbeiten, eine gesunde ist. In den Einnahmen fand eine Steigerung von 6243642 Mark, dem Gesamtbeitrag für 1911, auf 6608350 in 1912, also um 364708 M. statt. Die Ausgaben weisen eine Verminderung von 5299781 M. in 1911 auf 5222727 M. in 1912, d. h. um 77054 Mark, auf. Und die Vermögensbestände, die sich 1911 auf 7082942 M. gestellt hatten, betragen 1912 8575658 M., was eine Steigerung um 1492716 Mark = rund 1/5 Million bedeutet. Als Fazit: Steigerung der Einnahmen und mehr noch des Vermögens. Jedenfalls eine Finanzwirtschaft, die für sich selber spricht.

Eine Verteilung der Einnahmen und Ausgaben auf die einzelnen Posten ergibt folgendes Bild:

	Einnahmen:	
	1911	1912
Aufnahmegebühren	52 556	50 866
Beiträge	5 629 651	5 966 965
Extrabeiträge	49 724	39 151
Sonstige Einnahmen	511 711	551 368
Ausgaben:		
Verbandsorgan	496 752	549 973
Agitation	652 554	670 429
Streik- und Gemäßregelunterstützung	1 199 598	654 323
Reise- und Arbeitslosenunterstützung	185 271	201 223
Krankengeld	704 319	761 293
Sterbegeld	211 439	205 083
Rechtsschutz	104 633	116 703
Sonstige Unterstützungen	37 685	57 611
Gehälter	155 119	170 754
Verwaltungsausgaben	237 735	259 936
Bibliothek und sonstige Bildungszwecke	62 589	133 267
Beitrag an den Gesamtverband	78 379	93 382
Anteil der Volkskassen	971 248	1 145 722
Sonstige Ausgaben	202 460	203 028

Sehr bemerkenswert ist in den Einnahmen die beträchtliche Steigerung auf Seiten der regelmäßigen Beiträge, die das über die Mitgliederzahlverhältnisse Gesagte in vollem Maße bestätigt. Fast 340000 M. konnten auf diesem Konto mehr gebucht werden. Die übrigen Posten unter dieser Rubrik hielten sich nahezu die Wage in den beiden Vergleichsjahren.

Seit dem Jahre 1905 bietet das gegenseitige Verhältnis der beiden Hauptabteilungen des Unterstützungswezens folgendes Bild:

Jahr	Insgesamt	Streik- u. Gemäßregelunterstützung	Sonstige Unterstützungen
1905	1 233 321	1 000 320	233 001
1906	1 364 105	853 435	510 670
1907	1 451 748	743 270	708 478
1908	1 401 385	424 992	976 393
1909	1 703 473	489 023	1 214 450
1910	2 393 775	1 239 500	1 154 275
1911	2 442 945	1 199 598	1 243 347
1912	1 996 236	654 323	1 341 913

Hinsichtlich des Beitragswezens ist die im Jahresbericht für 1911 gekennzeichnete Tendenz zur Rücksichtnahme auf die Jugendlichen noch verstärkt in Wirkung getreten. Auch in der differenzierenden Festsetzung der Aufnahmegebühren kommt diese Rücksichtnahme, wie übrigens auch vielfach für die weiblichen Mitglieder, zum Ausdruck. Der Keram- und Steinarbeiterverband benutzte die durch seine Mayener Generalversammlung ausgelöste günstige Stimmung zur Propaganda für eine freiwillige Beitragserhöhung. Etwa 30% aller Mitglieder sind gegen Ende des Jahres freiwillig in höhere Beitragsklassen übergegangen, was allerdings in den Ziffern des Berichtsjahres erst zu einem geringen Teil zur Geltung kommt.

Lohnbewegungen und Streiks.

Hinsichtlich dieses Kapitels ist zu sagen, daß sich nicht alle Vorgänge auf dem Gebiete der Lohnbewegungen zahlenmäßig erfassen lassen. Das gilt für alle Berufsverbände, ganz besonders aber für den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter wegen der Eigenart der Verhältnisse im Bergbau.

Im übrigen unterscheidet sich das Berichtsjahr auf dem hier in Rede stehenden Gebiete nicht wesentlich vom Jahre 1911. Daß die Kämpfe beträchtlich geringere Summen verschlangen, ist darauf zurückzuführen, daß die Bewegungen schneller zu einem Abschluß gebracht werden konnten.

Bemerkenswert ist, daß auch diesmal wieder die Angriffsstreiks nicht nur den Löwenanteil für sich beanspruchten, sondern auch sich fast auf genau derselben Zahlenhöhe halten, wie in dem Jahre vorher. Bezüglich der anderen Kategorien der Arbeitseinstellung sind einige Änderungen von Belang eingetreten. Die nachstehende Aufstellung führt am besten in die Einzelheiten ein:

	Anzahl	Beteil. Personen
	1911	1912
Angriffsstreiks	247	250
Abwehrstreiks	65	77
Ausperrungen	54	32
		1911
		1912
		8 619
		8 599
		1 771
		1 345
		8 100
		3 180

Das Anschwellen der Zahl der Abwehrstreiks scheint keine große Bedeutung zu beanspruchen, weil die Zahl der beteiligten Personen ziemlich gefallen ist. Eher dürfte die Festhaltung der Dinge auf dem Gebiete des Ausperrungswesens einige Aufmerksamkeit beanspruchen. Hier ist sowohl die Zahl der Fälle, wie auch diejenige der davon betroffenen Personen merklich gefallen. Das dürfte wesentlich damit zusammenhängen, daß die Textilarbeiter im Berichtsjahre von größeren Ausperrungen, wie sie sie in den vorausgegangenen Jahren fast regelmäßig zu verzeichnen hatten, verschont geblieben sind. Weigehende Schlüsse kann man selbstverständlich aus den mitgeteilten Zahlen nicht ziehen, weil von einer bestimmten Tendenz bisher nicht gut geredet werden kann.

Was die Ursachen für das Eintreten in die Bewegungen anbelangt, so steht noch mehr, wie im Jahre vorher das Streben nach Lohnerhöhungen im Vordergrund. Die Ursache der Streiks und Ausperrungen war:

	Anzahl der Fälle
	1911
Forderungen höheren Lohnes	109
Forderungen verkürzter Arbeitszeit	8
Eine Verbindung dieser beid. Forderungen	109
Abwehr von Verschlechterungen	49
Sonstige Ursachen	95

Nach den mitgeteilten Zahlen zu urteilen, haben die Arbeiter die Wirtschaftslage im Berichtsjahr zu Vorstößen im Sinne der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen für günstig angesehen. Dabei ist die Beobachtung interessant, daß mit an der Spitze solche Verbände marschieren, die in der Hauptsache mit tariflichen Verhältnissen zu rechnen haben. Als ein Moment zur Beurteilung dieser Tatsache ist anzusehen, daß, wie aus der Beantwortung unserer Fragebogen hervorgeht, die Zahl der Bewegungen, welche sich auf die Ein- und Durchführung von Tarifen beziehen, ständig im Aufsteigen begriffen ist. So berichten beispielsweise die Bauarbeiter allein von 31 Streiks zur Durchführung bestehender Tarifverträge; außerdem berichteten die Metallarbeiter von 3 ähnlich gelagerten Fällen, die Textilarbeiter von 1, die Holzarbeiter von 9, die Keramarbeiter von 2, die Lederarbeiter von 1, die Gasthausangestellten von 8, die Graphiker von 1. Bei den Malern ist sodann die Rede von 8 Werkstattsperrungen auf Grund des § 10 des Reichstarifvertrages zur Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz.

Alles in allem genommen ist hinsichtlich des Ausgangs der Streiks und Ausperrungen das Verhältnis gegenüber dem Vorjahre keinen wesentlichen Änderungen unterworfen gewesen. Wir verweisen auf die nachstehende Gegenüberstellung:

	erfolgreich		teilw. erfolgr.		erfolglos	
	1911	1912	1911	1912	1911	1912
Angriffsstreiks	116	108	92	99	38	43
Abwehrstreiks	28	21	23	32	13	24
Ausperrungen	4	6	40	19	10	7

Noch immer steht bei den Angriffsstreiks der Erfolg überwiegend auf Seiten der Arbeiter, bei den Abwehrstreiks und Ausperrungen dagegen überwiegt der teilweise Erfolg. Sedenfalls haben die christlichen Gewerkschaften keine Ursache, mit ihren Erfolgen in dieser Beziehung unzufrieden zu sein. Ihre Zahlen heben sich meistens vorteilhaft von denjenigen der allgemeinen Streikstatistik ab.

Tarifvertragsabschlüsse fanden 325 im Berichtsjahr statt, gegenüber 367 im Vorjahre. Die Verminderung ist eine selbstverständliche Folge der größeren Zentralisation im Tarifvertragswesen. An die Stelle vieler kleiner Verträge tritt ein oder einzelne größere. Uebrigens beweist die Gesamtzahl der Verträge, an denen die christlichen Gewerkschaften beteiligt waren und die 1284 (gegenüber 1122 in 1911) betrug, daß die Tarifverpflichtung für die christlichen Gewerkschaften trotzdem noch ständig im Steigen begriffen ist.

Schlussbemerkungen.

Hinsichtlich der Mitgliederbewegung hat das Jahr 1912 die christlichen Gewerkschaften nicht befriedigt, es war eine Stagnation zu beobachten. Diese ist indes weniger in den äußeren Stürmen und Kämpfen begründet, denen die christlichen Gewerkschaften im Berichtsjahre ausgesetzt waren. Nach dieser Richtung hin hat sich die christliche Gewerkschaftsbewegung innerlich gestärkt und gefestigter erwiesen, als ihre Gegner der verschiedensten Richtungen geglaubt und angenommen haben mögen. Die Stagnation ist vielmehr, wie bereits dargelegt, hauptsächlich auf innerorganisatorische Vorgänge zurückzuführen. Hätte der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter sich an dem Ruhrbergarbeiterstreik beteiligt, und hätten nicht einige größere Verbände (in Vor Sorge für die Zukunft) im Berichtsjahre größere Beitragserhöhungen durchgeführt, so hätten die christlichen Gewerkschaften, wie dies aus der Mitgliederbewegung der einzelnen Verbände mit ausreichender Klarheit zu ersehen ist, auch in 1912 sich eine Gesamtmitgliederzunahme von 20 bis 30000 sichern können. Aber auch die Gegner der christlichen Gewerkschaften werden zugestehen müssen, daß die von letzteren im Berichtsjahre ausgehenden Kämpfe für die zukünftige Position der christlichen Gewerkschaftsbewegung bedeutungsvoller sind, als eine einmalige Mitgliederzunahme. Uebrigens haben im ersten Quartal dieses Jahres wieder eine Anzahl Verbände einen größeren Zuwachs an Mitgliedern aufzuweisen. Wenn das deutsche Wirtschaftsleben in 1913 von einem größeren Konjunkturrückgang verschont bleibt, werden die christlichen Gewerkschaften das laufende Jahr — soviel steht jetzt schon fest, wieder mit einem größeren Mitgliederzuwachs abschließen. An den Mitgliedern, Vertrauensleuten und Funktionären der christlichen Gewerkschaften liegt es, zu beweisen, daß die verschiedensten Gegner unserer Bewegung weder unsern Mitgliederbestand zu erschüttern, noch unseren Vormarsch für längere Zeit zu hindern vermögen.

Das traurige Ende des Färberstreiks in Basel-Friedlingen.

Nach fast sechswochigem Kampfe wurde die Bewegung von den streikenden Färbereiarbeitern abgebrochen. In einer am 27. Juni von den sozialdemokratischen Textilarbeiterverbänden einberufenen Versammlung wurde die Wiederaufnahme der Arbeit für Montag, den 30., mit 466 gegen 166 Stimmen beschlossen. Da die Gesamtzahl der streikenden Färbereiarbeiter etwa 1800 beträgt, so haben etwa ein Viertel derselben den Abbruch des Streiks beschlossen. Die Bedingungen, unter denen die Arbeit in sämtlichen vier Betrieben wieder aufgenommen wird, sind für die Arbeiter demütigend und beschämend. Jeder sich zur Arbeit Meldende fand auf dem Portierhaus seine Entlassung und seine Invalidenkarte vor. Im Laufe des Tages hatte er sich dann auf dem Bureau vorzustellen, wo ihm eröffnet wurde, ob er das Arbeitsverhältnis wieder neu beginnen könne oder ob er entlassen sei.

Auch die wieder in Gnaden Aufgenommenen und zum Weiterarbeiten würdig Befundenen werden durch diese Handhabung geschädigt, weil ihnen dadurch das früher erworbene und mit den Dienstjahren steigende Anrecht auf Ferientage verloren geht. Außer der persönlichen Demütigung also noch der materielle Schaden.

Bzw. haben die Fabrikanten eine Erhöhung der Löhne „nach Leistungen“ in Aussicht gestellt, aber in welcher Höhe und ob dieselbe allen Arbeitern zugute kommen soll, davon verlautet nichts.

Das Recht, nicht alle Streikenden wieder einzustellen, haben sich die Fabrikanten ausdrücklich vorbehalten.

Wie sehr sich die Färbereiarbeiter als die Sieger fühlen, davon gibt nachstehende, in sämtlichen Betrieben angeschlagene Bekanntmachung ein Bild.

Bekanntmachung.

Wir geben unserer Arbeiterschaft bekannt, daß wir der am Freitag, den 27. Juni, bei uns erschienenen Streikdelegation folgende Mitteilung gemacht haben:

Betreffs Lohnerhöhung: Im Laufe der nächsten Zeit werden wir die Löhne den jeweiligen Verhältnissen anpassen und im Sinne einer Erhöhung in Revision ziehen.

Betreffs Arbeitereinstellung: Die ausständigen Arbeiter werden nach Bedarf und nach Maßgabe der vorhandenen Waren wieder eingestellt.

Eine Garantie, daß alle wieder aufgenommen werden, wird nicht geboten.

Die drei Färbereifirmen.

Die Färberei und Appretur Schusterinsel hat außerdem noch folgende Anzeige angeschlagen:

Anzeige:

Zufolge Einstellung fremder Arbeitskräfte während der Streikzeit können von unseren früheren und nun im Ausstand gewesenen Arbeitern ihre Arbeitsplätze nicht ohne weiteres aufgefugt und besetzt werden, sondern es hat eine Arbeitsnachfrage beim Portier zu erfolgen.

Schusterinsel, den 26. Juni 1913.

Färberei und Appretur Schusterinsel.

Unter traurigeren Bedingungen ist wohl selten eine Streibewegung beendet worden, als es hier geschehen. Von den 26 Punkten des von den sozialdemokratischen Verbänden Deutschlands und der Schweiz den Fabrikanten unterbreiteten Tarifentwurfs ist auch kein einziger bewilligt worden.

Die Fabrikanten lassen sich überhaupt auf keine Verhandlungen ein und geben ihren Standpunkt durch „Bekanntmachungen“ kund. Dabei wird mit der größten Offenheit erklärt: „Diejenigen, welche sich während des Streiks was zuschulden kommen ließen, werden natürlich nicht eingestellt.“

Was aber nach der Auffassung der Fabrikanten schon als Sühne heischende Schuld gilt, geht wohl daraus hervor, daß einem, letzte Woche sich bereits zur Arbeit meldenden Arbeiter erklärt wurde: „Gehen Sie nur wieder Streikposten stehen.“

Trotzdem berichtet die „Mülhauser Volkszeitung“ in ihrer Freitagnummer (Nr. 148), daß die Streikenden einen „grundfählichen und nicht unbedeutenden Teilerfolg“ zu verzeichnen haben.

Dabei haben die Arbeiter jetzt weniger, als sie bereits vor 5 Wochen haben konnten. Eine Lohnerhöhung wurde schon damals nach der Wiederaufnahme der Arbeit in Aussicht gestellt.

Wären die Arbeiter gleich nach Ausbruch des Streiks durch gewählte Arbeiterkommissionen mit den Arbeitgebern in Verhandlungen getreten, so hätten sich „grundfähliche und nicht unbedeutende Teilerfolge“ erzielen lassen. Aber damals stellte man die Anerkennung der (sozialdemokratischen) Organisationen und das Verhandeln mit den Verbandsvertretern in den Vordergrund. Die christlichen Verbände Deutschlands und der Schweiz wurden ausgeschlossen und sogar verhöhnt. Erklärte doch der Gauleiter Glanzmann in der Streikversammlung in „Drei König“ in Kleinhüningen: „Es existiert ja noch ein anderer Verband, die „Christlichen“. Aber die haben mit dem Streik nichts zu tun. Die sollen nur ruhig arbeiten gehen.“ Trotz dieser öffentlichen Verhöhnung übten die christlich organisierten Arbeiter Solidarität. Wie ernst es der christlichen Organisation mit der Hochhaltung der Solidarität war, geht wohl daraus hervor, daß sie jedes Mitglied, welches, entgegen der Verbandsparole, zur Arbeit gehe, mit dem Ausschluss und der Entziehung der Streikunterstützung bedrohte. Und als eines Tages fünf christlich organisierte neben einer großen Anzahl sozialdemokratisch organisierter Arbeiter die Arbeit aufnahmen, da schloß sie diese aus dem Verband aus. Aber was tat der „alleinberechtigte“ sozialdemokratische Textilarbeiterverband? Als die Betriebe still gesetzt wurden, da unterstützte er nicht nur seine eigenen, „arbeitswillig“ gewesenen Mitglieder, sondern auch die vom christlichen Verband ausgeschlossenen Arbeitswilligen.

Dieser, bisheran in der Gewerkschaftsgeschichte wohl einzig dastehende Vorgang, rief unter den christlich organisierten Arbeitern große Entrüstung hervor. Als nun gar das führende sozialdemokratische Organ in der Streikbewegung, der Basler Vorwärts, in seiner Nr. 138 vom 15. Juni, schrieb, daß der Streik in wirtschaftlicher und parteipolitischer Beziehung von der allergrößten Bedeutung sei, da beschlossen die christlich organisierten Arbeiter einstimmig, nun ebenfalls kein Mitglied mehr wegen Aufnahme der Arbeit auszuschließen oder ihm die Streikunterstützung zu entziehen. Infolgedessen nahmen in der Woche vom 22. bis 28. Juni mehrere Mitglieder des christlichen Verbandes die Arbeit wieder auf. Dies genügt aber der Sozialdemokratie, eine „Protestversammlung“ gegen den „Streikbruch der Christlichen“ abzuhalten. In ihrem Bericht über die Versammlung schreibt die sozialdemokratische „Mülhauser Volkszeitung“:

„Mit gebührender Schärfe kennzeichnete sodann Genosse Geiler das herrvertrische Verhalten der „christlichen“ Organisation, die zwar nur über kaum ein Duzend Mitglieder verfügt, sich aber trotzdem verpflichtet fühlte, ihre geschichtliche Mission, die wirtschaftlichen Interessen ihrer Klassenkollegen und -Kolleginnen zu verraten, prompt zu erfüllen und den Streikbruch in corpore zu proklamieren, wie es letzten Montag tatsächlich geschehen ist.“

Wie verlogen die obige Behauptung ist, geht wohl am besten aus der Tatsache hervor, daß der christliche Verband an zehn Mitglieder am Samstag, den 28. Juni, bis zum gleichen, letzten Streiktag die Streikunterstützung auszahlte.

Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir die dummdreiste Anschuldigung gegen den christlichen Verband damit erklären, daß die sozialdemokratischen Streikstrategen bei der Aufstellung derselben bereits den Abschluß des Trauerspiels kannten und nach einem Sündenbock suchten, denn am Donnerstag, den 26. Juni, fand besagte Versammlung statt und schon am folgenden Tage, am Freitag, den 27. Juni, wurde der Abbruch des Kampfes beschlossen.

Die Volksversicherung.

II.

Die sozialdemokratische Volksfürsorge.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften und der sozialdemokratisch regierte „Zentralverband der Konsum- und Produktivgenossenschaften (Sitz Hamburg)“, haben eine Aktiengesellschaft gebildet und wollen die Volksversicherung selbst betreiben. Bereits am 1. Juli ds. Jz. ist die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ in Betrieb gesetzt worden.

Die „Volksfürsorge“ will angeblich in „absolut neutraler und gemeinnütziger Weise“ Versicherungen auf Todesfall sowie auf Todes- und Lebensfall, Kinder- und Sparversicherungen, sowie Versicherungen mit einmaliger Prämienzahlung übernehmen. Selbstverständlich setzt die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Sozialdemokratie diese „Volksfürsorge“ nicht ins Werk um ihrer selbst willen. Der Sozialist von Elm, der Leiter derselben, hält denn auch über den wahren Zweck der roten „Volksfürsorge“ nicht hinter dem Berge, er sagt u. a.: „Ich gebe unseren Gegnern ohne weiteres zu, wenn Gewerkschaften und Genossenschaften die Volksversicherung in die Hand nehmen, dann tun sie das nicht nur, um sie zu verbilligen, sondern auch, um ihrer Bewegung neue Stützpunkte im Volke zu schaffen.“ Das heißt, um die sozialdemokratischen Ideen überall dorthin zu tragen, wo sie bislang nur schwer oder gar nicht vordringen konnten.

Um diesen Zweck zu erreichen, ist denn auch ein Organisationsplan mit den „freien“ Gewerkschaften und dem sozialdemokratischen Zentralverband deutscher Konsumvereine vereinbart worden, der zugleich an Innigkeit und Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig läßt. Er lautet wie folgt:

1. Die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften und die dem Zentralverbände deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften werden mit all ihren Funktionären in den Dienst der „Volksfürsorge“ gestellt.“

2. „Nach Möglichkeit haben deshalb die Einklassierer und Beitragsammler der Gewerkschaften auch die Einklassierung der Prämien für die „Volksfürsorge“ zu übernehmen, wofür ihnen die hierzu festgesetzte Entschädigung zusteht.“

3. „Haben die Gewerkschaften bzw. deren Orts- und Unterklassierer die Arbeit für die „Volksfürsorge“ übernommen, dann sind für die von dieser nach Verufen gegliederten Organisation nicht ersetzten Versicherten vom Gewerkschaftsstell die erforderlichen Vertrauenspersonen zu bestellen, die das Intasso bei diesen Versicherten besorgen.“

4. „Werden die Obliegenheiten der Vertrauenspersonen seitens der Gewerkschaften am Orte nicht übernommen, dann ist von der örtlichen Verwaltungskommission unter Mitwirkung des Rechnungsführers eine territorial gegliederte Organisation ins Leben zu rufen. Der betreffende Ort ist in Bezirke einzuteilen, die so abzugrenzen sind, daß sie mit Erfolg bearbeitet werden können. Für jeden Bezirk ist die erforderliche Zahl von Vertrauensmännern zu stellen.“

Wir konstatieren also: 1. Die gesamte Sozialdemokratie mit all ihren Funktionären stellt sich in den Dienst der „Volksfürsorge“. Denn auch die Presse und Organe der politischen Sozialdemokratie kämpfen seit Monaten für das Unternehmen. 2. Die Agenten der „Volksfürsorge“ sind keine andern als die Vertrauensmänner und Agitatoren der Sozialdemokratie. 3. Für jene Volkskreise, die für die Gewerkschaft beruflich nicht in Betracht kommen, bestellt das sozialdemokratische Gewerkschaftsstell besondere Vertrauenspersonen. 4. In Orten und Bezirken — wie

z. B. auf dem Lande — wo die Sozialdemokratie organisatorisch noch keinen Boden hat, wird eine besondere (sozialdemokratische) „Volksfürsorge“-Organisation geschaffen.

Die Sozialdemokraten wollen ein Dreifaches

mit ihrer „Volksfürsorge“ erreichen: 1. Auf die Kreise der Arbeiterschaft und des kleinen Mittelstandes zunächst materiell und später dann auch ideell Einfluss zu gewinnen, an die sie, bisher weder durch die Partei noch durch die „freie“ Gewerkschaft, oder vermittelt der Genossenschaft herankommen konnten; sie denken dabei wohl hauptsächlich an die ländlichen und gut national und christlich gesinnten Bezirke. 2. wollen sie durch die „Volksfürsorge“ große Kapitalien gewinnen für die vielseitigsten Zwecke; 3. soll denn natürlich auch den privatkapitalistischen Gesellschaften mit der roten „Volksversicherung“ Abbruch getan und eine billigere Volksversicherung geschaffen werden.

Die Gefahr, welche der christlich-nationalen Arbeiterbewegung durch die rote „Volksfürsorge“ droht, ist nicht zu unterschätzen. Wie schon angedeutet, wird die „Volksfürsorge“ für die Sozialdemokraten ein geeignetes Mittel sein, um auch an die Frauen und Kinder, sowie die ländliche Bevölkerung heranzukommen. Die Sozialdemokratie will durch die „Volksfürsorge“ schon den natürlichen Nachwuchs, die Kinder, möglichst zeitweilig durch eine, den sozialdemokratischen Zwecken dienbare Wohlfahrts-einrichtung an sich fesseln. Nahezu 50000 sozialdemokratische Agenten, die meistens zugleich auch die Einklassierer und Vertrauensleute der „freien“ Gewerkschaften oder der sozialistischen Konsumvereine sind, werden bereits auf unser Volk losgelassen, um in die entlegensten Dörfer und Städtchen den Samen des Sozialismus in die Arbeiterhäuser und bei den kleinen Besitzern auszustreuen. Dasselbe geschieht natürlich ebenso in den Industrieorten. Der Erfolg für die sozialdemokratische Partei und deren „freie“ Gewerkschaften, sowie für die Konsumgenossenschaften „Hamburger (sozialdemokratischer) Richtung“ kann gar nicht zweifelhaft sein.

Für die christlich-nationale Arbeiterbewegung bedeutet die „Volksfürsorge“ zweifellos eine Gefahr, indem sie derselben die Entwicklungsmöglichkeiten in Arbeiterkreisen, die gegenwärtig noch eine christlich-nationale Gesinnung aufweisen und insbesondere auch in ländlichen Bezirken, zu unterbinden geeignet und bestrebt ist.

Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften selbst sind durch die rote „Volksfürsorge“ nicht gefährdet, denn diese werden rechtzeitig aufgeklärt und kennen daher die Schliche der Sozialdemokraten zu genau, um darauf überhaupt hereinzufallen. Wohl aber können leicht die Leute, die für die christlichen Gewerkschaften als zukünftige Mitglieder in Frage kommen, von den Sozialdemokraten mit ihren Schlagworten „neutral“ und „frei“ duperiert und eingefangen werden. Insbesondere wird es den sozialdemokratischen Agenten in vielen Fällen ein Leichtes sein, die Arbeiterfrauen und die Frauen der sonstigen kleinen Leute für die „Volksfürsorge“ zu ködern.

Ferner gewinnen die Sozialdemokraten mit ihrem „Dreibund“, wie sie selbst ihre drei Hauptorganisationen nennen, also mit der roten Partei, der „freien“ Gewerkschaft und den Genossenschaften, verbunden mit der „Volksfürsorge“, eine gewaltige wirtschaftliche Macht. Sie stärken ihren Einfluß auf unser Wirtschaftsleben, auf die Unternehmer und die Geldinstitute in ganz eminenten Weise. Der Resonanzboden für die christlich-nationale Arbeiterbewegung wird dadurch aber sicherlich zurückgedrängt und kleiner.

Allgemeine Rundschau.

Ein sozialdemokratischer Terrorismuschwindel. Die in Krefeld erscheinende sozialdemokratische „Volkstribüne“ weist in ihrer Nummer 150 vom 28. Juni einen „Fall schlimmsten christlichen Terrorismus“ zu verzeichnen. Sie behauptet, der sozialdemokratische Färber B., der bei der Färberei Oberlath und Hornholz in Krefeld wieder eingestellt gewesen sei, habe dort „direkt aufgehört müssen“, weil „der christliche Verbandssekretär der genannten Firma mitgeteilt habe, B. habe am Sonntag in einer Christenversammlung über die Christen losgezogen“.

Dieser „christliche Terrorismus“ ist nichts anderes als ein sozialdemokratischer Schwindel. In Wahrheit liegt die Sache folgendermaßen:

Der Genosse Buß hat in einer am 22. Juni in Krefeld-Bochum stattgefundenen christlich-nationalen Arbeiterversammlung auf das bestimmteste erklärt, die Arbeitgeber hätten den Ausschüssen der sozialdemokratischen Färber gesagt:

„Macht in Zukunft mit den Christlichen, den Lumpen, die Euch verraten haben, was Ihr wollt.“

Das heißt mit anderen Worten, die Fabrikanten hätten die christlichen Arbeiter den Genossen gegenüber für vogelfrei erklärt. Daß die christliche Gewerkschaftsleitung sich nun an die Arbeitgeber wandte, um hierüber Aufklärung zu erhalten, war doch wohl deren selbstverständliche Pflicht. Daß hierbei der Genosse Buß als Lügner entlarvt wurde und wegen dieser großen Verdächtigung der Arbeitgeber entlassen wurde, hat er sich selbst und der roten Erziehung zuzuschreiben. Möge dieser Vorfall den Genossen eine Lehre sein, in Zukunft mehr bei der Wahrheit zu bleiben.“

Der Versuch, die christlichen Gewerkschaften tot zu streifen, ist von den sozialdemokratischen Verbänden noch immer nicht aufgegeben worden, wie es der Färberstreik in Krefeld erneut bewiesen hat. Im letzten Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften wird darauf Bezug genommen und u. a. gesagt:

„Der sozialdemokratischen Bewegung mußte, wie die Dinge sich entwickelt hatten, beim Ruhrbergarbeiterstreik mit all seinen bitteren Begleitererscheinungen der Nachweis erbracht werden, daß die christlichen Gewerkschaften die Kraft und innere Festigkeit besitzen, um sich einer unverantwortlichen, kräpellosten Streiktaktik zu erwehren zu können.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften müssen allmählich zu der Einsicht und Erkenntnis gebracht werden, daß große Streiks, die in der Sache, oder in den äußeren Umständen, oder in den allgemein anerkannten gewerkschaftlichen Grundsätzen nicht begründet sind, aus den Mitteln auszuschreiben haben, mit denen man glaubt, die christliche Gewerkschaftsbewegung niederzuringen zu können.

Mit Kämpfen, die gewerkschaftlichen Standalen gleichen, wie die Vorgänge im Frühjahr 1912 an der Ruhr und neuerdings wieder bei der Färbereibewegung in Krefeld, sind die christlichen Gewerkschaften nicht niederzubütteln; damit wird höchstens die Gewerkschaftsbewegung in ihrer Gesamtheit kompromittiert.

In Krefeld wäre es jedenfalls keiner sozialdemokratischen Organisation in den Sinn gekommen, es auf eine Aussperrung von 20000 Arbeitern ankommen zu lassen — nachdem die hauptsächlichsten Forderungen der streikenden Färbler bewilligt waren —, wenn an dem Kampfe nur sozialdemokratische Organisationen beteiligt gewesen wären, und wenn nicht von den Opfern der Aussperrung in der Hauptsache der christliche Textilarbeiterverband und die christlich organisierten Textilarbeiter betroffen worden wären. Daß in solcher Situation und bei einem Kampfe, der an sich nicht zu verantworten war, der christliche Textilarbeiterverband mit der sozialdemokratischen Organisation nicht gemeinsame Wege gehen konnte, ist eine mit den Händen zu greifende Selbstverständlichkeit. Ein anderes Verhalten des christlichen Textilarbeiterverbandes wäre mit Selbstmord gleichbedeutend gewesen. Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband war also schlecht beraten, als er bei solcher Sachlage weiter streikte und etwa 1 Million Mark, die von den gering entlohnerten Textilarbeitern aufgebracht werden mußten, nutzlos verpulverte. So lange es noch sozialdemokratische Organisationen gibt, die in bestimmten Bezirken und bei den verschiedensten Kämpfen in der Hauptsache darüber nachgrübeln, wie die christlichen Gewerkschaften am wirksamsten geschädigt werden können, ist auch für die Zukunft ein erträglicheres Nebeneinander- und besseres zeitweises Miteinanderarbeiten nicht zu erwarten.

„Berliner“ Berichterstattung. Bislang hatte sich das Organ der Berliner Fachbewegungsorganisation über die Stellung des christlichen Textilarbeiterverbandes zu dem Färbereistreik in Krefeld ausgesprochen. Die Haltung des christlichen „Streikverbandes“ paßte nicht in sein

System hinein. Es kann eine Anerkennung für die Haltung der christlichen Berufsverbände nicht übers Herz bringen; ihm liegt es viel näher, die „Streikverbände“ zu verächtlichen, als ob sie sich von den sozialdemokratischen Organisationen ins Schlepptau nehmen lassen und sich hinsichtlich des Streiks von diesen kaum noch unterscheiden. Der Krefelder Kampf hat wieder erneut das Gegenteil der „Berliner“ Behauptungen erwiesen. Die christlichen Gewerkschaften nehmen nicht bloß grundsätzlich eine andere Stellung zum Streik ein als die Klassenkampforganisationen, sie scheuen sich auch gar nicht, für die praktische Durchführung ihrer Grundsätze einen ganz entschiedenen und hartnäckigen Kampf zu führen. Davon dürfen natürlich die Leser des „Berliner“ „Arbeiter“ nichts wissen. Darum hat das Blatt die bedeutsamen Krefelder Vorgänge einfach totgeschwiegen.

Nun endlich kommt der „Arbeiter“ dennoch in einer kurzen Notiz (Nr. 26 vom 29. Juni) auf sie zu sprechen. Aber wie! Nachdem er mit einigen Sätzen die Ergebnislosigkeit des 17wöchigen Streiks dargelegt hat, schreibt er:

„An dem Zustand hatte sich auch der christliche Textilarbeiterverband beteiligt. Nach der Verhängung der Aussperrung aber erklärte er, daß seine Mitglieder die Arbeit unter den vor Beginn des Streiks bereits gemachten Zugeständnissen wieder aufnehmen würden, worauf die Sperre über dieselben aufgehoben wurde. Nachdem nunmehr der Streik der Sozialdemokraten elend zusammengebrochen ist, gehen durch die Presse von christlicher Gewerkschaftsseite insipide Artikel, in welchen die Taktik der Christlichen gelobt wird, weil vorausgesehen war, daß durch einen längeren Streik keine weiteren Zugeständnisse von den Arbeitgebern erreicht werden konnten und daß der sozialdemokratische Verband durch seinen sinnlosen Streik eine Unsumme von Geld über die Arbeiter gebracht habe. Das trifft nun alles zweifellos zu. Unserer katholischen Organisation aber wurde das, was hier als Auge gewerkschaftliche Taktik gepriesen wird, in zahlreichen ähnlichen Fällen als Streikbruch und Arbeiterverrat angerechnet.“

Zunächst ist es nicht wahr, daß der christliche Textilarbeiterverband nach Verhängung der Aussperrung durch die Unternehmerorganisation erklärte, daß seine Mitglieder die Arbeit unter den vor Beginn des Streiks gemachten Zugeständnissen wieder aufnehmen würden. Die Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes haben die Arbeit zu den Bedingungen wieder aufgenommen, die nach dreitägiger Dauer des Streiks erzielt waren und nachdem bezüglich des Endtermins des Tarifs während der Ausperrung sich eine für die Arbeiter günstige Regelung gefunden hatte. Der Berliner „Arbeiter“ berichtet also direkte Unwahrheiten.

Er stellt es so dar, als ob lediglich die Furcht vor der Ausperrung den christlichen Textilarbeiterverband zu seiner Haltung bestimmt habe. Auch das ist eine im höchsten Maße mehrfache Berichterstattung. Warum schreibt der „Arbeiter“ kein Wort von der großen grund-

sätzlich Bedeutung der Krefelder Vorgänge, kein Wort von der ganz gemeinen Hege, die unter Führung der sozialdemokratischen Textilarbeiterorganisation im ganzen Lande gegen den christlichen Textilarbeiterverband getrieben wurde, warum kein Wort davon, daß es sich für diesen in erster Linie um die Wahrung verunkünftiger gewerkschaftlicher Grundsätze und die Rettung des gesunden gewerkschaftlichen Prinzips handelte? Warum? Dann gelingt ihm seine Verdächtigung nicht. Daß der „Arbeiter“ die Haltung des christlichen Textilarbeiterverbandes in Krefeld in eine Linie zu bringen wagt mit der Stellung der „Berliner“ zum Streik, ist ein starkes Stück. Entweder mangelt es ihm an der ehrlichen Absicht oder an einem klaren Begriffsvermögen.

Uebrigens möchten wir den allein wahren und reinen „Berliner“ einen solchen Kampf wünschen, wie unser Verband ihn in Krefeld gegen die Genossen geführt hat, dann würden wir mal sehen, wo es mit dem „Berliner“ Heldennut hinginge.

Die Wahlen der Versicherungsbeisitzer bei den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten bestimmt, daß die Amtsdauer der Versicherungsvertreter bei den bisherigen „Unteren Verwaltungsbehörden“ und den „Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung“ bereits mit dem 1. Januar 1914 (also nicht mit Ende 1914) ablaufen soll. Bezweckt wird damit die Gleichmäßigkeit der Wahlzeiten. Sodann hat der Reichsminister bereits am 25. November 1911 bestimmt, daß die Amtsdauer der Vertreter der Arbeitgeber und die der Versicherten in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten, die ja bekanntlich von den Versicherungsbeisitzern bei den Versicherungsämtern zu wählen sind, am 31. Dezember 1913 ihr Ende findet. Belanntlich wählen die Krankenkassenvorstände die Versicherungsvertreter bei den Versicherungsämtern. Um auch den der Krankenversicherungspflicht neu unterstellten Personen die Beteiligung an der Wahl zu sichern, sind die Wahlen zum Vorstande der Krankenkassen nach der Verhältniswahl, soweit es sich nicht um zugelassene besondere Ortskrankenkassen, Betriebs- und Innungskrankenkassen handelt, spätestens in der ersten Hälfte des Monats November zu bewirken. Die Wahlen zu den Ausschüssen der allgemeinen Ortskrankenkassen werden also wohl bereits im Monat Oktober d. J. angeordnet werden. Die Wahlen der Versicherungsvertreter bei den Versicherungsämtern sollen, nach der Bestimmung des Ministers, spätestens in der zweiten Hälfte des Monats November (für die Folge im Novembermonat, der dem Ablauf der vierjährigen Wahlperiode vorangeht, vorgenommen werden. Die Wahlen der Beisitzer zu den Oberversicherungsämtern sollen im Monat Dezember d. J. stattfinden. Allen Krankenkassenvorstands-

Mein Vaterland.

Ich hab mich ergeben,
Mit Herz und mit Hand,
Dir Land voll Lieb' und Leben,
Mein deutsches Vaterland.

In diesem Jahre feiert das deutsche Volk die Erinnerung an das Jahr 1813, das Jahr des wiedererwachten nationalen Bewußtseins. Was sollen wir dazu tun? sollen wir mitfeiern, oder sollen wir uns großtun auf die Seite stellen? Sollen wir uns freuen mit unserm Vaterlande und über unser Vaterland, oder sollen wir scheitern und uns zu jenen schlagen, die den nationalen Gedanken und die Vaterlandsliebe als törichte Schwärmerei verachten und im Volke zu erfinden suchen? Wasgen wir uns einmal klar, was Lehen Endes Vaterland und Vaterlandsliebe bedeutet, und ob wir als vernünftige Menschen Grund haben, unser Vaterland zu lieben.

Da müssen wir schon vor 1813 zurückgehen, etwa in die Zeit, da sie das Jahr 1800 geschrieben. Damals gab es kein deutsches Vaterland mehr.

Gewiß, dem Namen nach waren die einzelnen deutschen Stämme zusammengefaßt zum Reiche. Aber einerseits hatte das Volk überhaupt nichts zu sagen, es nahm nicht tätigen Anteil an den Geschicken des Vaterlandes. Es war untertan dem Fürsten. Die ganze Regierung und Verwaltung ging aus von den Kabinetten, d. h. von der Krone und seinen unverantwortlichen Ratgebern. Die Bürger in den Städten, die Kaufleute und Handwerker, hatten nicht das Recht, am Wohl des staatlichen Gemeinwehens mitzuarbeiten; die Bauern auf dem Lande waren zum großen Teil Leibeigene, denen der Grund und Boden nicht gehörte, den sie bewirtschafteten. Sie halfen nicht mit an der Gesetzgebung, hatten nicht das Recht, die Ausführung der Gesetze zu überwachen. Darum hatten sie auch keinen Bürgerstolz, keinen vaterländischen Gedanken, keine hohe Freude am Vaterland.

Das Heer bestand aus Söldnern, die in aller Herren Ländern angeworben waren, nicht selten mit List und Gewalt, die mit eisernein Joch zusammengeschlossen wurden, ähnlich wie heute noch die französische Fremdenlegion. Natürlich hatten solche Soldaten keinen rechten Begriff für Ehre und Vaterland, und bei guter Gelegenheit ließen sie davon. Dieses zusammengezwungene Söldnerheer hatte auch weniger die Aufgabe, die Grenzen des deutschen Vaterlandes zu sichern, wie einst in den Tagen der Fürkennut, als vielmehr die Streitigkeiten der Fürsten zum Austrag zu bringen und sich für ihre kleinen Interessen zu schlagen.

Wir entnehmen diese Abhandlung dem diesjährigen dritten Heft der Zeitschrift „Volkverein“, herausgegeben vom Volksverein für das katholische Deutschland.

Andererseits hielten die Fürsten auch nicht zusammen, sondern jeder machte Politik auf eigene Faust, dachte wenig ans Deutsche Reich, aber desto mehr an seinen eigenen Vorteil. War einer ein guter Regent, dabei durchdrungen von den Aufgaben seines Amtes, so konnte er wohl das Beste seiner Untertanen kraftvoll fördern, besonders wenn er tüchtige, kluge, ehrliche Ratgeber hatte, die ihm die Bedürfnisse des Landes klarlegten und ihm zum Erlaß guter Gesetze die Wege wiesen. War aber einer derart, daß ihm die Würde begehrenswerter dünkte als die Bürde, oder daß er sich mit Schmeichlern umgab als Ratgebern, daß er das Wohl des Staates mit seinem eigenen Wohlergehen verwechselte, so konnte er mit Gesetzgebung und Verwaltung arg daneben geraten, und das Volk hatte die Kosten zu tragen. Um den Kaiser kümmerten sich die Fürsten wenig oder gar nicht, schlossen Bündnisse gegen seinen Willen, verbündeten sich wohl gar zum Kriege gegen ihn.

Die alte Sage erzählt vom Kaiser Rothbart, der tief im Schöße des Kyffhäuser seit langer, langer Zeit schlief, und die Wägel des Todes untreuen trügend den Berg. Der schlafende Rothbart, das war das deutsche Volksbewußtsein, der nationale Gedanke. Zwar erzählten die alten herrlichen Doms, die prächtigen Rathhäuser, die halbzerrfallenen Bauwerke der Städte, die Burgruinen auf den Bergeshöhen von einer großen, glänzenden deutschen Vergangenheit. Aber in den Stürmen der Reformation, in den Wirren des dreißigjährigen Krieges war diese Sprache dem Volke fremd geworden. Wie im Traume erzählte man Sagen aus jener großen Zeit, klangen die wehmütigen Lieder des Volkes von Heimat und Vaterland. Der Volksmund sprach die deutsche Mutterprache, ein jeder Stamm hatte seinen reichen Dialekt; aber an den Höfen herrschte französischer Geist und französisches Wesen. Da schämte man sich nicht selten des deutschen Namens und der deutschen Sprache.

Wenn ein fremder Reisender ins Land kam, ein Franzose, Spanier, Spanier, so machte er wohl seine hochmütigen Reizen ähnlich, als wenn heutzutage jemand bei halbwillden Völkern herumreißt. Draußen an der Welt schaute man auf die Deutschen herab wie auf halbwillde Barbaren, machte sich lustig über ihre rauhe Sprache, ihre unwilligen Manieren und die Eitelkeit ihrer Fürsten.

Und die Deutschen — lachelten dazu. Der große nationale Gedanke fehlte ihnen, die Freude am Vaterlande, der Geist, ihre Kräfte zu wecken, zusammenzufassen, das schlafende deutsche Bewußtsein wachzurufen. Sie waren wie die unmündigen Kinder gegenüber der Regierung und ihren Organen: der Polizei, dem Stadtkommandanten, den Beamten, dem Gutsherrn.

Im Frankreichreiche war es anders gewesen wie bei uns. Die Zeit, welche für Deutschland tiefe Er-

niedrigung gebracht hatte, war für Frankreich eine Zeit des höchsten Glanzes. Schon früh war es den Königen von Frankreich gelungen, den Staat zu zentralisieren, alle Macht über das ganze große Land in ihrer Hand zu vereinigen. Und der „König Sonne“, Ludwig XIV., hatte es verstanden, die Kräfte seines Landes zur höchsten Kraftanstrengung zu entflammen, Paris zum geistigen, künstlerischen, militärischen Mittelpunkt Europas zu machen.

Aber auf die Blütezeit war eine Zeit der Erstarrung gefolgt unter dem untüchtigen König Ludwig XV. Unfrei war der Bauer, unfrei der Bürger in der Stadt. Die Abgaben waren schier unerschwinglich, Handel und Finanzen des Landes ruiniert, an Stelle des Rechtes herrschte die Willkür.

Da brach, von Gelehrten und Demagogen geschürt, die Revolution los. Das französische Volk sprengte seine Fesseln mit blutiger Gewalt. Eine Zeit der Raserei und Schreckensherrschaft kam, krankhafte Volksaufwiegler rissen die öffentlichen Gewalt an sich; wie ein blutiger Taumel ging es durch die Massen des Volkes. Die Männer der Revolution hatten die Geister entfesselt, sie zu bändigen vermochten sie nicht. Partei kämpfte gegen Partei, und die fessende schickte die Führer der unterlegenen als Hochverräter aufs Blutgerüst.

Zehn Jahre lang dauerte dieser Taumel, dieser entmenschte Krieg aller gegen alle. Da erhob sich aus dem Schöße des Volkes jener gewaltige Mann, der zum Schrecken für Europa werden sollte: Napoleon. Durch siegreiche Kämpfe gegen die Feinde der Republik riß er das Franzosenvolk hin, daß es ihm die höchste Gewalt im Staate übertrug. In eiserner, unermüdlicher Arbeit ordnete er sodann das zerrüttete innere Leben des Staates, brachte Ordnung in die Finanzen und Verwaltung, schuf ein Beamtentum, das von Pflichttreue durchdrungen war, und dann setzte er sich im Königschlosse zu Paris die Krone des Kaisers der Franzosen auf. Das Volk jubelte ihm zu als dem Retter.

Der große Gedanke seines Lebens aber war: Französische Welt Herrschaft. Bei, wie dieser Gedanke in den rasch entflammten Köpfen und Herzen zündete: das französische Volk, das Volk der Weltbeherrscher! Wie das alt und jung packte und zum höchsten Opfergeist entflammte! Wie Männer und Jünglinge zu den Waffen eilten, um für die Welt Herrschaft der Franzosen Blut und Leben zu opfern!

Und dann führte er seine Heere von Sieg zu Sieg, warf in raschen, gewaltigen Schlägen die Fürsten Europas mit ihren Söldnerheeren nieder, setzte Könige ab und Könige ein, zertrümmerte und verschenkte Königreiche und Fürstentümer, kurz: er schaltete als der Herr von Europa.

mitgliedern muß rechtzeitig eine Wahlordnung zur Wahl der Versicherungsamtsbeisitzer zur Verfügung gestellt werden, ebenso muß den Versicherungsamtsbeisitzern eine Wahlordnung zu den Wahlen der Beisitzer am Oberversicherungsamt und für die Wahlen der Ausschüßmitglieder der Invalidenversicherungsanstalt ausgehändigt werden. Die Wahlordnungen erlassen die Regierungs- bzw. Oberpräsidenten.

Der Wahltermin rückt also immer näher. Von der größten Bedeutung sind zunächst die, höchstwahrscheinlich bereits im Oktober stattfindenden Krankentassenauschüßwahlen der Allgemeinen Ortskrankentassen. Diese bilden das Fundament, worauf sich alles andere aufbaut. Darum ergeht erneut die Mahnung an die Kartelle und Zahlstellen, auf der ganzen Linie gut vorzubereiten.

Kriegervereine und Volksversicherung. Bekanntlich hat die von der Sozialdemokratie mit Hilfe ihrer „freien“ Gewerkschaften und den sozialdemokratisch geleiteten Konsumvereinen (Zentralverband der Konsum- und Produktivgenossenschaften e. V. Hamburg) ins Leben gerufene Volksversicherung, die rote „Volksfürsorge“ am 1. Juli d. J. ihre Tätigkeit aufgenommen. Ungefähr 47.000 sozialdemokratische Agitatoren werden auf das Volk losgelassen und diese sollen die Arbeiter und die „kleinen Leute“ für die rote „Volksfürsorge“ einfangen.

Gegen diese eminent nationale Gefahr haben fast alle größeren, auf nationalem Boden stehenden Arbeiter-, Handwerker- und Bauernvereinigungen eine, auf rein gemeinnützigem und nationalem Boden stehende Volksversicherung mit schaffen helfen, deren Tarife noch bedeutend besser für die Versicherten sind, als wie die der roten „Volksfürsorge“ und der beiden großen, privatkapitalistischen Gesellschaften „Friedrich Wilhelm“ und „Bittoria“. Diese gemeinnützige Gründung trägt den Namen „Deutsche Volksversicherungs-Vereinsgesellschaft“ und hat ihren Sitz in Berlin. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates dieser Gesellschaft ist der weithin bekannte Sozialpolitiker Graf von Poladowsky-Wehner.

Man hat nun allgemein angenommen, daß auch der Vorstand des „Deutschen Kriegerbundes“ sich an diesem hervorragend nationalen und gemeinnützigen Werk beteiligt hätte. Dem ist jedoch nicht so. Der Vorstand des Deutschen Kriegerbundes schlägt vielmehr seinen Delegierten vor, am 12. Juli auf der Generalversammlung in Breslau die Lebensversicherungsanstalt und Sterbekasse des Deutschen Kriegerbundes aufzulösen und mit der privatkapitalistischen Versicherungs-Vereinsgesellschaft „Friedrich Wilhelm“ in Berlin zu verschmelzen. Während also sowohl unsere Regierung, wie auch die nationalen Arbeiter-, Handwerker- und Bauernvereinigungen sich die größte Mühe geben, gegen die rote „Volksfürsorge“ und gegen die Ausbeutung der kleinen Leute durch privatkapitalistische Gesellschaften, die rein gemeinnützige Deutsche Volksversicherungs-Vereinsgesellschaft hoch zu bringen, beantragt der Vorstand des Deutschen Kriegerbundes die Verschmelzung seiner Sterbekasse mit der oben bezeichneten „Friedrich Wilhelm“. Dadurch wird die nationale Abwehraktion zersplittert.

Es wäre im nationalen und sozialen Interesse bringen zu wünschen, daß die Delegierten des Deutschen Kriegerbundes dem Vorschlag des Vorstandes nicht zustimmen, sondern den Weg beschreiten, den meist alle anderen größeren nationalen Organisationen beschritten haben.

Seid vorsichtig mit Unterschriften. Daß diese Mahnung berechtigt ist, zeigt wieder einmal folgender Vorfall. Zwei unserer Kollegen gehörten der Kranken- und Sterbekasse „Rheinland“ in Düsseldorf an. Diese Kasse wurde durch Generalversammlungsbeschluß aufgelöst. Als Grund gab man den Mitgliedern an die Aufhebung des Hilfskassengesetzes und die Unterstellung der bisherigen Kassen unter das Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen. Die bisherigen Mitglieder der „Rheinland“ wurden zugleich aufgefordert, bei der „Deutschen National-Versicherungsanstalt“ (E. V.) in München ihre Mitgliedschaft zu beantragen, sie sollten dort ohne Eintrittsgebühr und ohne Wartezeit aufgenommen werden. Die beiden Kollegen hatten keine Lust mehr, einer privaten Versicherungskasse anzugehören; sie unterließen es darum, ihre Mitgliedschaft zu beantragen.

Mittlerweile verschmolz sich die „Deutsche National-Versicherungsanstalt“ mit einer anderen Versicherungskasse, der „Patria“, die ebenfalls ihren Sitz in München hat. Eines schönen Tages erhielten die beiden Kollegen von der „Patria“ eine Aufforderung, ihre rückständigen Beiträge zu entrichten. Die beiden waren sehr erstaunt, da sie ja ihre Mitgliedschaft weder bei der „Deutschen National-Versicherungsanstalt“, noch bei der „Patria“ beantragt hatten. Nun stellte sich folgendes heraus: Ein Agent der „Patria“ überredete in Abwesenheit der beiden Kollegen deren Schwester, ein Uebertrittsformular mit den Namen der beiden Kollegen, ihrer Brüder, zu versehen. Die Schwester hatte keine Ahnung, worum es sich handelte, harmlos kam sie dem Wunsche des Agenten nach.

Jetzt wurden die beiden Kollegen als Mitglieder der „Patria“ betrachtet und diese verlangt die Beitragszahlung. Sie erhielten auch bereits eine gerichtliche Zahlungsaufforderung. Die beiden Kollegen haben zwar bereits Einspruch erhoben gegen den Zahlungsbefehl, sie werden ja schließlich auch Recht erhalten, da die Namensunterzeichnung durch die Schwester für die Brüder nicht bindend ist. Immerhin haben sie mit manchen Schwierigkeiten und Scherereien zu rechnen, zumal der Erfüllungswort München ist und eine etwaige gerichtliche Ausstrahlung der Streitfrage dort zu erfolgen hat. Schließlich können auch der Schwester noch Unannehmlichkeiten erwachsen,

weil sie nicht berechtigt ist, die Namen ihrer Brüder unter ein Schriftstück zu setzen.

Wir möchten darum allen Kollegen und Kolleginnen dringend ans Herz legen, niemals eine Namensunterschrift zu geben, solange sie sich über das zu Unterzeichnende nicht ganz klar geworden sind. Vor allem sollten die Hausfrauen sich allen Agenten und Reisenden gegenüber stets strikte weigern, in Abwesenheit des Mannes irgend etwas zu unterzeichnen.

Sehr unangebrachte Entrüstung. Die Kosten der Wehrvorlage sollen bekanntlich durch Besteuern aufgebracht werden. Der Streit über die Gestaltung der letzteren gibt dem „Vorwärts“ Veranlassung zu folgender Bemerkung: „Es erscheint gegenüber dem Betrachter der bürgerlichen Parteien über das „patriotische Opfer“ am Platz, in Erinnerung zu rufen, wie hoch die dem Arbeiter durch die Reichsversicherungsordnung aufgepackte Reichseinkommensteuer ist.“ Das sozialdemokratische Zentralorgan bringt dann eine Berechnung über die Belastung des Arbeiters durch die Invaliden- und Krankenversicherungsbeiträge, und kommt hierbei zu folgendem Ergebnis: „Es erhebt das Reich also vom Arbeiter, und zwar auch vom allerärmsten, über vier Prozent seines Einkommens als direkte Reichseinkommensteuer.“

Daß der „Vorwärts“ fälschlicherweise die Beiträge zur Arbeiterversicherung als Reichseinkommensteuer bezeichnet, wollen wir ihm weiter nicht trumm nehmen. Wenn er aber wieder einmal das Bedürfnis hat, von einer durch die Reichsversicherungsordnung dem Arbeiter aufgepackten Reichseinkommensteuer zu sprechen, dann möge er seinen Lesern doch gefälligst mitteilen, daß die Annahme der sozialdemokratischen Agitationsanträge zur Reichsversicherungsordnung noch eine ganz andere Belastung der Arbeiterschaft zur Folge gehabt hätte. Die Beiträge der Krankenversicherung würden sich bei Verwirklichung der sozialdemokratischen Forderungen um 157 Prozent, die der Invalidenversicherung um 592 Prozent und die der Unfallversicherung um 70 Prozent gesteigert haben. Die Arbeiterbeiträge für Kranken- und Invaliditätsversicherung hätten sich demnach wie folgt gestaltet: Für einen Arbeiter mit 30 M. Wochenlohn bei einer Krankentasse, die die Maximalgrenze, 4 1/2 Prozent des Lohnes, benutzt, würde der Wochenbeitrag 2,28 M., der Beitrag zur Invalidenversicherung 1,42 M. pro Woche betragen, also zusammen 3,70 M., das sind 12,3 Prozent seines Lohnes. Davon aber sagt der „Vorwärts“ kein Wort. Seht genörrlich!

Nicht zu niedrige Lohnklassen in den Krankentassen. Eine kleine, aber wichtige Bemerkung zum Lohnklassensystem der Krankentassen finden wir in der neuesten Nummer des „Versicherungsboten“. Sie wird für unsere Leser, die in der Krankenversicherung praktisch mitarbeiten, von Wert sein.

Zunächst wird in der „Bemerkung“ darauf verwiesen, daß ein „gutes Lohnklassensystem sowohl für die Krankentassenmitglieder als auch für die Kasse selbst“ außerordentlich wichtig ist. Kürzlich sind nun von einem Krankentassenbeamten aus Chemnitz einige Vorschläge bezüglich der Lohnklassen gemacht worden, vor deren Anwendung der „Versicherungsbote“ entschieden warnt. In den Vorschlägen ist nämlich eine „Einheitstabelle“ angeführt, die ihren großen Fehler darin hat, daß sie die unteren Klassen viel zu niedrig ansetzt. Die „Einheitstabelle“ sagt:

„Die Krankengeldsätze müssen daher mit 25 Pfg. pro Tag beginnen und in den niederen Klassen immer um 25 Pfg. steigen, also von 25 auf 50, 75, 100, 125 und 150 Pfg. Von hier an soll die weitere Steigerung immer 50 Pfg. betragen und somit also von 150 Pfg. auf 2 M., 2,50 M. und 3 M. ansteigen.“

Der Grundlohn der 1. Klasse beträgt nach der Einheitstabelle 3 M. wöchentlich; der Beitrag, wenn 3% erhoben werden, 9 Pfg., bei 3 1/2% 10 1/2 Pfg. und bei 4% 12 Pfg. die Woche. Kann nun bei einem Beitrag von vielleicht 9 bis 15 oder 20 Pfg. die Woche von einer gesunden Geldwirtschaft noch die Rede sein? Es ist doch eine Erfahrungstatsache, daß sehr oft höhere Beiträge in den unteren Klassen noch nicht einmal die Ausgaben für Arzt und Arzneien der Mitglieder decken, geschweige denn Krankengeld, Krankenhaus- und Verwaltungskosten. Wenn es auch einerseits annehmbar erscheint, Klassen mit so niederen Beiträgen einzuführen, so muß doch aus wichtigeren Gründen hiervon abgeraten werden. Um wenigstens einigermaßen von einem gesunden Verhältnis reden zu können, müßte der Wochenbeitrag in der 1. Klasse zum allermindesten die Höhe von 20 bis 25 Pfg. erreichen.

Es wäre sogar wünschenswert, wenn man bei Personen, die ihrem Verdienste nach zwar zur 1. Klasse gehören, ihrem Alter nach ruhig einer höheren zugeteilt werden könnten, zu ihren Gunsten sowohl als auch zum Vorteil der Kasse eine Ausnahme machte, wie es jetzt schon bei vielen Klassen geschieht. Man findet da z. B. die Bestimmung, daß Personen, die über 16 Jahre alt sind, zum mindesten in die 2. Klasse gehören. In diesem Falle erhöht sich selbstverständlich der Beitrag, andererseits erhält das Mitglied ein höheres Krankengeld, wenn auch hier der Grundsatz durchbrochen wird, daß das Krankengeld die Hälfte des Lohnes ausmachen soll. Eine gleichmäßige Belastung der Klassen wird hierdurch zweifellos erreicht; auch wird derjenige, der den Beitrag zahlt, auch noch das Opfer bringen können, daß er statt 25 bis 30 Pfg. wöchentlich 30 bis 40 Pfg. zahlt. Diese Einteilung hätte für die Mitglieder dann auch noch das Gute, daß sie dann in den meisten Fällen keine 16 Pfg.-Marken zu Neben brauchten, sondern wenigstens 24 Pfg.-Marken verwenden mußten; denn bei der 2. Klasse in

der Krankenversicherung kommt gewöhnlich auch schon die 2. Klasse der Invalidenversicherung in Betracht. Bei manchen Klassen, z. B. der Hamburger, dürfen überhaupt keine Marken der 1. Klasse verwendet werden, da der Grundlohn der 1. Klasse 1,20 M. beträgt; 300x1,20 M. = 360 M.; bei 350 M. beginnt schon die 2. Klasse der Invalidenversicherung.

Unsere Forderung deckt sich, was die höheren Klassen anbetrifft, mit denen der Einheitstabelle; im übrigen aber sagen wir: Nicht zu niedere Klassen! Keine Klassen mit einem Wochenbeitrag unter 20 Pfg.!

Wer verübt Streikbruch? In der Gießerei der Firma Rautenbach in Wald bei Solingen streikten seit 18 Wochen die dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband angehörenden Gießereiarbeiter. Der Streik ist nunmehr verkracht. Ueber dessen Ende schreibt der „Stahlwarenarbeiter“, das Organ des ebenfalls sozialdemokratischen Industriearbeiterverbandes in seiner Nr. 24/1913 folgendes:

„Der Metallarbeiterverband hat den Streik der Former bei der Firma Rautenbach, Mangelberg bedingungslos aufgehoben. „Der Streik bei der Firma Rautenbach geht weiter“, verkündete der „Vorwärts“. Am Tage vorher aber hatten bereits die Vertreter des Metallarbeiterverbandes um Friedensbedingungen angehalten, waren aber abgewiesen worden. Dann erfolgte die bedingungslose Aufhebung des Streiks. War sie notwendig? — Nein! 11 Millionen beträgt das Vermögen des Metallarbeiterverbandes, so haben wir es uns jüngst noch vordemonstrieren lassen müssen. Zur Unterfützung von 20 streikenden Formen würden die wohl ausgereicht haben. Wenn freilich das Geld nicht zwecklos fortgeworfen werden sollte, dann mußte weiter gegriffen werden. Andere Gießereien des Solinger Industriebezirks stellten Streikarbeit für die Firma Rautenbach her und es waren Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes selbst, die daran arbeiten mußten. Ob das der Grund war, weshalb man mit einer klamablen Niederlage vorlieb nahm, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir wissen nur, daß sich die Former eines Betriebes noch 14 Tage vor der bedingungslosen Streikaufhebung mit der Hoffnung getragen haben, sich mit ihren Kollegen bei der Firma Rautenbach solidarisch erklären zu können, nach einer stattgefundenen Versammlung aber nichts mehr verlauten ließen. Soviel steht ferner fest, daß eine Ausdehnung des Kampfes auf andere Gießereien Weiterungen nach sich gezogen hätte, da der Arbeitgeberverband dem Spiele nicht ruhig zugehören haben würde. Aussperungen sind aber bekanntlich beim Metallarbeiterverband nicht gut angeschrieben.“

Darnach scheint der sozialdemokratische Metallarbeiterverband genau so zu taktieren, wie der rote Textilarbeiterverband: während ein Teil der Mitglieder im Streik steht, verrichtet ein anderer Teil ruhig Streikarbeit, ohne daß die Verbandsleitung sich veranlaßt sieht, einzugreifen. So fallen dann die eigenen Mitglieder ihren Verbandskollegen in den Rücken. Trotzdem: den Balken im eigenen Auge sehn die roten Herrschaften nicht, wohl aber den Splitter im Auge des Gegners.

Die Genossen unter sich. Kürzlich sagte die Generalversammlung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Diese erklärte die Mandate der Leipziger Metallarbeiter für ungültig, weil die „Leipziger Volkszeitung“ durch einen Verammlungsbericht die Wahl beeinflusst und dafür gesorgt haben soll, daß nur Anhänger der sozialdemokratischen Parteischule gewählt wurden. Auf dem Verbandstag waren es vor allem drei Genossen, Schwarz, Scheffler und Fleischer, die gegen die Leipziger zu Felde zogen. Diese nahmen nun zur Ausfützung ihrer Vertreter vom Verbandstag in einer Versammlung Stellung und faßten folgende recht geharnischte Resolution:

„Die am 25. Juni 1913 tagende Generalversammlung der Verammlungsstelle Leipzig erhebt mit Entrüstung Protest gegen die unerhörte Entziehung der 17.000 organisierten Leipziger Metallarbeitern durch den Verbandstag von Breslau. Sie erblickt in der Kassierung der Mandate der Leipziger Delegierten einen Akt brutaler Willkür, der den Grundsätzen der Demokratie ins Gesicht schlägt. Nach der Ueberzeugung der Leipziger Metallarbeiter sind die Mandate ihrer Delegierten vom Vorstand und seinen getreuen Helfern nur kassiert worden, um unbehagliche Opponenten zu beseitigen.“

Die Leipziger Metallarbeiter protestieren gegen die Schamlosigkeit, mit der der Delegierte Schwarz-Dresden und der Bezirksleiter Scheffler-Dresden den Verbandstag in Breslau falsch unterrichtet haben; sie verwahren sich auch gegen den Delegierten Fleischer-Lützingen, der die Leipziger Metallarbeiter in der gemeinsten Weise beschimpft und mit Schmutz besudelt hat. . . .

Die Leipziger Metallarbeiter erklären, daß sie trotz des an ihnen verübten Gewaltstreiches treu zur Organisation halten werden. Sie versprechen aber auch, treu an ihren Zielen festzuhalten und für den demokratischen Ausbau der Organisation wirken zu wollen.“

Von der vielgerühmten sozialdemokratischen Brüderlichkeit ist da recht wenig zu spüren. Es zeigt sich auch hier wieder: die Genossen sind Menschen und mit all den menschlichen Schwächen und Fehlern behaftet, die sie bei den Anhängern der „verrotteten“, „korruptierten“ bürgerlichen Gesellschaftsordnung nicht scharf genug an kritizieren vermögen.

Der Streik in den Emmericher Margarinefabriken. Dr. Max Doerner und van Rossum u. Cie., geht nach wie vor weiter. Das Verbot des Streikpostens ist nach mehrwöchiger Dauer wieder aufgehoben worden, ein Zeichen dafür, daß seitens der Emmericher Polizei in durchaus ungerechter Weise vorgegangen wurde, da sich sonst die Kgl. Regierung wohl schwerlich zu der Aufhebung des Verbotes entschlossen hätte. Der Boykott macht seine Wirkungen in ständig schärferem Maße geltend. Sept wird von den Strikern und ihren

Vertretern das Gerücht verbreitet, die Arbeiter verdienten heute in den bestreikten Betrieben 24 M. Wochenlohn. Gelegt der Fall, daß dies wirklich zutreffen würde, dann bleibt es unverständlich, warum die Firmen die Forderung der Arbeiter, die nur 21 M. Mindestlohn verlangten, nicht bewilligten, ja überhaupt jede Verhandlung ablehnten. Uebrigens kann es den im Streik befindlichen Arbeitern gar nichts nützen, wenn die „Arbeitswilligen“ 24 M. bekommen. Lasse sich also niemand von den angegebenen Erzählungen beeinflussen, sondern warte jeder entschieden mit an der Durchführung des Boykotts.

Aus unserer Industrie.

Maßnahmen gegen die Fälschung des russischen Flachses.

Nach einem auf dem zweiten allrussischen Kongress der Flachsinteressenten in Moskau gehaltenen Vortrag nimmt die Fälschung des Flachses in Rußland von Jahr zu Jahr zu. Der Absatz russischen Flachses im Ausland hängt infolgedessen an auf Schwierigkeiten zu stoßen. Die Flachshändler und Leinenindustriellen erleiden Verluste, welche sie durch Herabdrücken der Preise auf die Flachsprüfer abwälzen. Diese Maßnahme verringert aber nicht das Uebel, sondern vergrößert es, denn die Flachsprüfer und die kleinen Aufkäufer beantworten ein solches Drücken der Preise mit verstärkter Fälschung, um auf diese Weise den Ausfall im Preise zu decken. Es werden Repressivmaßnahmen vorgeeschlagen, aber bei der gegenwärtigen Art und Weise des Flachshandels ist es absolut unmöglich, den schuldigen Fälscher festzustellen. Wirksam sind nur Maßnahmen mit reinem Handelscharakter, keine ins Große gehende Herabsetzung der Flachspreise, sondern eine Erhöhung derselben in den Fällen, wenn eine Garantie dafür gebracht werden kann, daß der Flach nicht gefälscht ist. Eine solche Garantie kann von den einzelnen kleinen Flachsprüfernden Landwirten nicht gefordert werden, wohl aber von den ins Leben zu rufenden verantwortlichen Flachshändlern. Diese Maßnahme kann in den Händen der Großhändler eine entscheidende Rolle spielen, wenn sie, abgesehen von einer Erhöhung des Preises für solchen garantierten Flach, nach gegenseitigem Uebereinkommen eine sich von Jahr zu Jahr steigende Norm für den Ankauf solchen Flachses festsetzen, so daß z. B. im ersten Jahre mindestens $\frac{1}{4}$ des ganzen zu kaufenden Flachses garantiert sein müßte, im zweiten Jahre $\frac{1}{2}$, im dritten Jahre $\frac{3}{4}$ und im vierten Jahre die Annahme von nicht garantiertem Flach überhaupt verweigert werden müßte. Das müßte rechtzeitig der Bevölkerung des Gebiets bekannt gemacht werden, in welchem der Flachsaufkauf vor sich geht, damit sie Zeit findet, sich zu solchen Artzeln zu organisieren.

Es bleibe nur die Notwendigkeit, solche äußerlichen Kennzeichen für den garantierten Flach festzusetzen, daß ohne deren Vernichtung eine Fälschung des Flachses unmöglich würde. Als Kennzeichen müßten dienen: 1. ein genau festgestelltes gleichmäßiges Gewicht für alle Paden (Pudli), z. B. 20 Pfund, und 2. das Plombieren eines den Paden neben dem dicken Strich umschlingenden Bindfadens, an dem eine Marke befestigt ist, wobei auf einer Seite der Plombe der Kreis bezeichnet sein muß, in dem sich das Artel befindet, und auf der andern Seite die Nummer, unter der dieses Artel in seinem Kreis eingetragen ist; die Marke muß die Nummer des Mitglieds des Artzels tragen, welches für das Nichtvorhandensein einer Fälschung bürgt.

Das Artel wird selbstverständlich keinen Betrug zulassen, um nicht durch ein gewissenloses Mitglied seine festen und guten Abnehmer zu verlieren.

Auf Grund dieses Vortrags haben die vereinigten Sektionen für Flachsbau und Flachshandel es für wünschenswert erklärt, daß zur Durchführung dieses Vorschlags die Großhändler, die Exporteure und die Leinenindustriellen in allen Bezirken ihrer Ankaufsgebiete bekannt machen müßten, daß sie es vorziehen, plombierten Artel-Flach zu kaufen, und daß dieser Flach 1913 bis 1914 mindestens $\frac{1}{4}$ der zu kaufenden Gesamtmenge ausmachen muß, 1914 bis 1915 die Hälfte, 1915 bis 1916 dreiviertel, und daß 1916 bis 1917 nur plombierter Flach angenommen werden wird. Der Flach darf keine Beimischung von Hebe haben, jedes Pad (Pudli) muß 20 Pfund wiegen und von einem Artel pl. abwert sein.

Argentinische Wolljaison 1912/13.

Einem von der argentinischen Tagespresse veröffentlichten Auszug aus dem Jahresbericht der Handelskammer in Avellaneda (Vorort von Buenos Aires des argentinischen Zollamtes), betreffend die argentinische Wolljaison 1912/13, ist folgendes zu entnehmen:

Seit vielen Jahren ist die Wolljaison nicht so reich und in so kurzer Zeit beendigt worden wie 1912/13. Seit Anfang Oktober 1912 waren auf dem Wollmarkt bis zum 24. April 1913 65 627 t Wolle eingegangen; davon sind bereits bis Ende Januar d. J. 57 773 t verkauft worden. Fast die ganze Saison ist also in wenig mehr als drei Monaten beendigt worden.

Der Grund für diese Erscheinung findet die Handelskammer in erster Linie in der großen Abnahme der argentinischen Schafbestände. Da der Schafbestand abgenommen hat, ist auch weniger Wolle auf den Markt gekommen, und die Verkäufe konnten in kürzerer Zeit erledigt werden. Besonders groß ist die Abnahme des Schafbestandes in Buenos Aires. Auch die Ausfuhr von Wolle ist erheblich zurückgegangen. Während sie im Jahre 1909 227 111 t betrug, wurden im Jahre 1912 nur noch 104 004 t Wolle ausgeführt. Wenn das so

weiter geht, wird Argentinien bald Wolle und Fleisch einführen statt ausführen.

Weitere Gründe für die kurze Wolljaison sind:

1. Die finanzielle Lage in Europa erwies sich, trotz Krieg und Kriegsbesorgnis, als gut.
2. Die sichtbaren Weltvorräte an Wolle waren so zusammengeschrunft, daß sich jeder genötigt sah, seinen Bedarf möglichst schnell zu decken.
3. Die Qualität, besonders das Rendement, der argentinischen Wolle war in dieser Saison besser als im Jahre vorher.
4. Der Wolltarif wurde schon eskomptiert: Während die Dingleybill von 1897 die argentinische Wolle vom Markt der Vereinigten Staaten von Amerika fernzuhalten suchte und diesen Zweck auch, wenigstens zum Teil, erreicht hatte, eröffnet der Wolltarif wieder die Aussicht auf besseren Absatz in den Vereinigten Staaten von Amerika und damit zugleich günstige Aussichten für den Wollzüchter.

Am meisten gefragt und gehandelt wurde Kreuzungswolle mittlerer Sorte, dann grobe, dann feine Kreuzungswollen, und an letzter Stelle feine Westizenwolle (Rambouillet).

30% der Ausfuhr gingen nach Frankreich, dahinter folgen Belgien, Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika, Italien und Spanien. Es besteht Aussicht, daß sich Spanien in Zukunft als Käufer mehr hervortun wird.

Die besten Wollen kamen aus dem Süden und Südwesten der Provinz Buenos Aires. Aber auch Wolle aus Corrientes und Entre Rios, die diesmal reiner und auch sonst besser war als im Vorjahr, erzielte höchste Preise.

Bericht über die Lage der deutschen Textilindustrie.

Die in verschiedenen Gegenden von Deutschland zurzeit abgehaltenen Wollmärkte und Wollauktionen hatten nach einem Bericht der Fachpresse vom 6. Juli zur Folge, daß im freihändigen Verkehr in dieser Woche nennenswerte Posten weder in deutschen noch in überseeischen Wollen umgesetzt werden konnten. Außerdem beobachteten die Verbraucher eine gewisse Zurückhaltung, welche mit der bevorstehenden Eröffnung der Londoner Wollauktion und mit dem befürchteten Rückgang der Preise für bestimmte Wollsorten begründet wird.

Auch auf dem Kammszug- und sogar auf den Fämmelings- und Wollabfallmärkten fanden lediglich nur bringende Bedarfskäufe deutscher wie ausländischer Konsumenten statt. Neue Aufträge in Wollengarnen wurden nur in geringfügigem Maße erteilt. Die augenblicklichen Preisnotierungen veranlassen die Käufer nicht, Spekulationskäufe einzugehen. Ueber die Beschäftigung der Wollenwebereten wird berichtet, daß die Fabrikanten von Damenkonfektionsstoffen, soweit solche mittlere und billigere Qualitäten herstellen, ziemlich gut beschäftigt sind. Dasselbe gilt auch von den Fabrikanten für billige Herrenkonfektionsware. Die Hersteller von besseren Qualitäten besitzen genügende Orders, klagen aber fortgesetzt über unlohnende Verkaufspreise. Merklich ruhiger als in den Vorwochen liegt das Geschäft in der Weberei, Teppich- und Dedenindustrie. Ebenso wird aus der Wirkwarenbranche regelmäßiger Verkehr nicht gemeldet. Nur die Berichte aus der Strumpfwarenbranche des sächsischen Industriebezirks lauten noch wie vor recht günstig.

Im ganzen wenig verändert ist die Situation in der Baumwollindustrie. Auch aus der Seidenwarenbearbeitenden Gegend der Situation erkennen lassen. Das Geschäft in der Jutebranche hat sich gegen die Vorwoche nicht geändert. Flachsgarne konnten auch weiterhin bessere Preise durchsetzen und sind rege gefragt. Die Leinenwebereten haben ohne Ausnahme gute Beschäftigung und können jetzt auch bessere Preise bei ihren Abnehmern erzielen.

Der Umfang der Handspinnerei und Handweberei in Baden.

Ueber den Umfang der Handspinnerei im Großherzogtum Baden haben kürzlich unter Mitwirkung der Bezirksämter Erhebungen stattgefunden, die folgendes Ergebnis hatten: In 4 Bezirken (Hüllendorf, Mühlheim, Schönau und Schwetzingen), darunter merkwürdigerweise 3 vorwiegend ländliche Bezirke, wird überhaupt nicht mehr gesponnen; in 4 weiteren (Konstanz, Neßkirch, Oberkirch und Hirschheim) nur noch ganz vereinzelt. Im Amt Neberkingen spinnen noch einzelne Frauen und Mädchen fast in jeder Gemeinde des Bezirks; im Amt Freiburg wird das Handspinnen noch in verschiedenen Orten gepflegt. In 43 Bezirken können meist mehrere, bisweilen zahlreiche, insgesamt 432 Gemeinden mit Namen angegeben werden, in denen das Handspinnen regelmäßig üblich ist. Ueber die Zahl der spinnenden Frauen sind nur selten Angaben gemacht; doch heißt es bisweilen, es werde noch viel oder rege gesponnen, so im Amt Billingen bei 13, im Amt Rehl bei 5 Gemeinden. Die höchsten angegebenen Zahlen finden sich in Ortenberg (Amt Offenburg) mit 150, in Hammstadt (Amt Bopfberg) mit 100, in Durbach (Amt Offenburg) mit 80 und in Reichenbach (Amt Triberg) mit 60 Frauen und Mädchen.

Das großherzogliche Landesgewerbeamt hat ferner ein Verzeichnis der im Lande Badens zurzeit noch vorhandenen Handweber der Leinenweberei beigegeben, aus dem sich ergibt, daß diese Berufstätigkeit im Jahre 1913 in 10 Gemeinden, die sich auf sieben Amtsbezirke verteilen, noch von 17 Personen ausgeübt wird. Hier markiert das Amt Bopfberg mit 4 Gemeinden und 3 Leinenweberinnen an der Spitze. Wenn darauf auch die Handweberei als selbständiger Beruf im Aussterben begriffen zu sein scheint, so dürfte es doch noch manchen Kleinbetrieben und Dorfhandweberinnen geben, die diese Arbeit

als Nebenberuf ausübt und das Handgespinnst der Frauen und Mädchen auf dem Lande für den eigenen häuslichen Gebrauch sachgemäß zu verwenden imstande ist.

Samtindustrie und Samthandel.

Die Samtfabriken verfügen, nach einem Bericht der „Berliner Tageblatt“, im allgemeinen noch bis Ende dieses Jahres über Orders, die ihnen eine ausreichende Beschäftigung gewähren. Die Geschäftslage der Samtindustrie stellt sich demnach vorläufig noch als günstig dar, und man rechnet denn auch für 1913 mit guten Erträgen der Fabriken. Namentlich solche Betriebe, die Webereien herstellen, haben allen Anlaß, mit dem Jahre 1913 zufrieden zu sein. Weniger gut ist die Situation für den Samthandel. Dieser hatte während der großen Samtmode umfangreiche Umsätze in Samt getätigt, die indes wegen des außerordentlich stotten Abbruchs, der im letzten Jahre herrschte, nicht sofort erfüllt werden konnten. Die Webereien haben mit der Effektivierung der Aufträge freilich sehr lange gezögert und die bestellten Samte erst geliefert, nachdem die Herbst- und Winterjaison erledigt war. Dadurch kommt es, daß manche Händler jetzt noch über recht große Samtbestände verfügen, was sich um so unangenehmer fühlbar macht, als gegenwärtig neue Orders nicht in gleichem Maße erteilt werden wie in den letzten drei Jahren; denn das Geschäft ist — namentlich beeinträchtigt durch die ungünstige Bitterung vor den Pfingsttagen und die allgemeine wirtschaftliche Lage — etwas zurückgegangen. Ein Rückgang der Preise ist nicht eingetreten und, wie uns versichert wird, auch nicht zu erwarten. Zustatten wird, wie aus aus Fachkreisen erklärt wird, der Samtindustrie die Compositmode kommen sowie die große Verwendung von Samt zu Bekleidungs- und Hutzwecken.

Die Abteilung für Textilindustrie in der Großen Ausstellung Düsseldorf 1913.

Auf den bisherigen großen Ausstellungen bestand für die Textilindustrie meist keine besondere Abteilung; die einzelnen Aussteller waren vielfach unter die Gruppen Maschinenindustrie oder Bekleidung usw. verteilt, so daß der Interessent gezwungen war, sich die für ihn wichtigen Firmen erst mühsam zu suchen.

Die Düsseldorfser Ausstellung 1913 wird nun diesen Uebelstand dadurch vermeiden, daß eine geschlossene, für den Besucher leicht übersichtliche Abteilung Textilindustrie geschaffen wird. Die Abteilung umfaßt Spinnerei, Weberei und Appretur.

Sie wird neben den modernsten Erzeugnissen auch die außerordentlichen Fortschritte seit der Erfindung der Spinnmaschine und des mechanischen Webstuhles durch die Ausstellung charakteristischer Originalmaschinen oder Kopien von solchen vor Augen führen, und es ergeht hiermit an die Industriellen die Bitte, da, wo noch typische Maschinen und Apparate der letzten zwei Jahrzehnte vorhanden sein können, nachzuforschen und die Abteilungsleitung gegebenenfalls zu benachrichtigen.

Das Hauptinteresse der Ausstellung jedoch richtet sich auf die neuen und besten Erzeugnisse der Spezialindustrien, und es steht zu hoffen, daß die „Große Ausstellung Düsseldorf 1913“ durch regste Beteiligung der gesamten Industrie ein eindrucksvolles Bild von der gewaltigen Bedeutung Deutschlands gerade auf diesem Gebiete geben wird.

Verwendung der Baumwollabfälle in den Vereinigten Staaten von Amerika.

In den Baumwollspinnereien der Vereinigten Staaten entstehen von Heizen und Kämmen des Rohstoffs an bis zum Verweben der Fäden Abfälle in sehr großer Menge. Man schätzt ihr Gewicht auf 450 bis 500 Millionen Pfund im Jahre oder 15 bis 20% der verarbeiteten Rohbaumwolle. Zunächst fällt das Packmaterial ab, das einschließlich der Bänder 6% des Ballengewichts ausmacht; beim Lockern entstehen 3%, beim Kämmen in Form von Knötchen 1% und in Form von Streifen 2%, beim Vorspinnen 1%, beim Spinnen 1%, Fegsel und dgl. 1% reiner weicher Abfall, 3% Garnabfall, beim Weben $\frac{1}{2}$ % Schlackabfall, $\frac{1}{2}$ % Einschlagabfall, 1% harte Enden. Von dieser 20% des Ballengewichts ausmachenden Gesamtmenge können etwa $\frac{1}{5}$, nämlich die Garnabfälle, unmittelbar zu Nymaterial benützt werden. Das Packmaterial wird zum Teil zunächst zum Wiederverpacken von Baumwolle verwendet; dann wird etwa 10% des Packstoffes zerzupft und als Jutelumpen wieder zum Weben von Jutestoff benützt. Der Abfall vom Lockern und Kämmen wird zu billiger Watte und sogenanntem Baumwollfilz verarbeitet, woraus Filzmatrizen verfertigt werden; ein sehr kleiner Teil dieser Abfälle wird auch zu grobem Garne versponnen. Streifen dienen als Rohmaterial für grobe Gespinne und bringen 65 bis 75% des Preises der Rohbaumwolle; manche Spinnereien mischen sie auch wieder mit Rohbaumwolle zum Verspinnen, was für Garne unter Nr. 30 ohne großen Nachteil geschehen kann. Auch der Abfall vom Vorspinnen wird zu größeren Garnen mitversponnen. Der Abfall vom Spinnen wird meistens zu Bindfäden und Laxen mitversponnen. So findet fast jede Art des Abfalls wieder eine bestimmte Verwendung und spielt im Handel eine wichtige Rolle.

Aus dem Verbandsgebiete.

Bekanntmachung.

Die erstmalige Auszahlung der Militärunterstützung findet lautgemäß im Monat August statt. Die Auszahlung übernimmt die Zentralkasse.

- Die Unterstützung kann laut Statut nur denjenigen Kollegen gewährt werden, die 1. bis zum Militäreintritt die vollen Wochenbeiträge entrichtet, 2. mindestens 52 Wochenbeiträge à 40 Pfg. oder mehr geleistet und 3. das Mitgliedsbuch behufs Kontrolle und Eintragung der Zentralkasse eingefandt haben.

Die Ortsgruppenvorstände werden gebeten, von allen Kollegen, die Anspruch auf die Militärunterstützung erheben können, der Zentralkasse baldmöglichst die genauen Adressen mitzuteilen. Sofern die Mitgliedsbücher noch nicht eingefandt sind, bitten wir diese mit den Adressen einzusenden.

Ebenso werden auch alle Mitglieder, die Angehörige beim Militär haben, freundlichst gebeten, die evtl. noch nicht abgelieferten Mitgliedsbücher sowie die genauen Adressen der Kollegen unverzüglich dem Ortsgruppenvorstand zur Einfindung an die Zentralkasse zu übergeben.

Mit kollegialem Gruß!

Die Zentralkasse:

C. M. Schiffer, Vorstandsvorsitzender.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

Zur Aussperrung in der Hochholter und Rheider Textilindustrie

Es zu berichten, daß der Kampf seinen Fortgang nimmt. Die Arbeitgeber haben sich noch nicht dazu entschließen können, ein für die Arbeiter annehmbareres Angebot zu machen. Am Samstag, den 5. Juli, war die Kündigungsfrist für den Rest der ausgesperrten Arbeiter abgelaufen, so daß jetzt rund 6800 Textilarbeiter und Arbeiterinnen in Hochholt und dem benachbarten Rheide ausgesperrt sind.

Unsere Bezirksleitung hat nun in der Hochholter Tagespresse ein Haushaltsbudget veröffentlicht, um darzutun, daß die Lohnverhältnisse in Hochholt durchaus ungenügende sind. Die Angaben wurden von der in Frage kommenden Hausfrau übermittelt.

A) Wöchentliche Ausgaben:

Table with 2 columns: Item and Price. Items include 6 Pfund Mehl (1,02 M.), 1/2 Kaffee (0,75 M.), 1 Malzkafee (0,35 M.), 1 1/2 Zucker (0,35 M.), 1 Schmalz (0,85 M.), 1 1/2 Speck (1,43 M.), 1 Schweinefleisch (1,05 M.), 1/2 gehacktes Fleisch (0,55 M.), 2 Serringe (0,20 M.), 1 Pfund Leberwurst (0,70 M.), 10 1/2 Liter Milch (1,89 M.), 7 Weißbrot (2,45 M.), 2 Schwarzbrot (0,90 M.), 1/2 Pfund Bohnen und Erbsen (0,70 M.), 1/2 Apfelfringe (0,40 M.), 1 Liter Backöl (0,75 M.), 2 Pfund Butter (Margarine) (1,40 M.), 1 Zentner Kohlen (1,00 M.), 1 Liter Petroleum (0,18 M.), 2 Pfund braune Seife (0,38 M.), 1 Stück Dalli-Seife (0,20 M.), 1 Stück Waschseife (0,10 M.), 1/2 Pfund Soda (0,04 M.), 1/2 Dose Stärke (0,07 M.), 2 Pakete Nährzweck (0,60 M.), Kaffee und Milch (0,20 M.), Verbandsbeitrag (0,45 M.).

Wöchentliche Ausgabe Summa 18,96 M.

Wacht jährlich 18,96 M. x 52 = 985,92 M.

B) Besondere Jahresausgaben:

Table with 2 columns: Item and Price. Items include An Zinsen (100,00 M.), Gebäudesteuer (10,24 M.), Kommunalsteuern (9,80 M.), Müllabfuhr (5,90 M.), Kanalisation (1,44 M.), Wasserleitung (13,20 M.), Kleidung (50,00 M.), Kartoffeln (24,00 M.), Sauerkraut (8,00 M.), Schuhwerk (24,00 M.), Zeitungen (7,45 M.), Volksverein (1,00 M.), Arbeiterverein (2,80 M.).

Summa 257,83 M.

Jahresausgabe insgesamt:

Wöchentlich wiederkehrende Ausgaben 985,92 M.

Besondere jährliche Ausgaben 257,83 M.

Summa 1243,75 M.

Das entspricht einem Wochenverdienst von 23,92 M. (wöch.). Es sind nicht sehr viele Arbeiter, die diesen Verdienst erzielen. Es ist noch zu berücksichtigen, daß sich unter diesen Ausgaben kein Pfennig für Bier, Karren, Tabak, für Verzehr überhaupt befindet; daß ferner für Kleidung nur 50 M. im Jahre angegeben sind und daß in dieser Tabelle noch manche andere notwendigen Ausgaben fehlen. Für Zinsen sind nur 100 M. aufzubringen (die Familie besitzt ein kleines Häuschen) und für Reparaturen ist nichts in Anrechnung gebracht. Die veröffentlichten Angaben beweisen mehr, als Worte es tun können.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Dahlhausen (Wupper.) Eine gute Besuche erfreute sich unsere am 29. Juni stattgefundene Versammlung. Diejenigen Kollegen, welche durch Abwesenheit glänzten, hoffen wir das nächste Mal ebenfalls begrüßen zu können. Nach dem gemeinschaftlichen Absingen des Liedes 'Freiheit die ich meine', hieß der Vorsitzende die zahlreich Erschienenen herzlich willkommen, dabei die Bitte aussprechend, daß der Versammlungsbesuch sich auf dieser Höhe halten möge. Dann sprach Kollegin Langen den Prolog 'Die christliche Bewegung' in sehr geschickter Weise; anschließend daran brachten die anwesenden Gesangvereinsmitglieder des evangelischen Jünglings- und des katholischen Gesellenvereins das Lied 'Das ist der Tag des Herrn' sehr wirkungsvoll zum Vortrag. Nachdem noch zwei Kolleginnen für die in Barmen stattfindende Arbeiterinnenkonferenz bestimmt, sprach Kollegin Harber, Düsseldorf, über Gewerkschaft und Familie. Mit einem längeren Schlußwort des Vorsitzenden, in welchem die Verhältnisse auf gewerkschaftlichem Gebiete am hiesigen Orte eine Beleuchtung erfuhren, besonders zwischen uns und den sogenannten 'Freien' und mit einem warmen Appell zur opferwilligen Mitarbeit in unserer Bewegung fand die Versammlung ihren Abschluß.

Stillingen (bad. Albthal.) Unsere jüngste Versammlung am 28. Juni lieferte den Beweis, daß einige Stunden Zusammensein im Kreise Gleichgesinnter für jedes Mitglied als eine Erholung bezeichnet werden kann. Erfreulicherweise war der Besuch ein guter. Nachdem unsere Schriftführerin Kollegin Barbara Glasfetter ein gut verfaßtes Protokoll verlesen hatte, wurde der Kollege Johann Vatter als stellvertretender Vorsitzender gewählt.

Sodann berichtete in eingehender Weise unser Vorsitzender Kollege Kiefer über den derzeitigen Stand unserer Bewegung. Ergänzt wurden diese Ausführungen durch den anwesenden Beamten.

Am dem am 6. Juli stattfindenden Arbeitertage verpflichteten sich alle Anwesenden teilzunehmen. Nach Schluß der Versammlung erkreute uns eine Anzahl Kolleginnen, welche Mitglieder des Kirchenchores sind, durch einige schöne Lieder. Hoffentlich erkreuten sich auch die kommenden Veranstaltungen einer regen Beteiligung aller unserer Mitglieder.

W. Gladbach-Blumenberg. Dem Regierungsjubiläum unseres Kaisers wurde in unserer aufbesuchten Versammlung vom 22. Juni von seiten unseres Vorsitzenden Kollegen Jentges einige Worte gewidmet. Er gedachte der Verdienste des Kaisers um die soziale Fürsorge für die Arbeiter und ließ seine Ansprache ausklingen in ein Hoch auf den Monarchen. Die Versammelten stimmten dreimal begeistert ein. Nach Absingen der Nationalhymne ergriff der Bezirksvorsitzende Kollege Hermes das Wort. Er schilderte uns die Bewegungen der letzten Wochen. Bei der Firma Görz und Kirch kam es zum Streit, weil die Firma infolge schlechten Geschäftsganges den Tarif nicht mehr anerkennen wollte. Nach dreiwöchiger Dauer erkannte die Firma, nachdem Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverbande stattgefunden hatten, den Tarif wieder voll und ganz an. Die Bewegung bei der Firma Jonas endigte mit einem Erfolg für die Arbeiter. Aber nicht nur die Kollegen, sondern auch die Kolleginnen bedürften der Organisation, dieses zeige die Bewegung der Zwirnerinnen bei der Firma Gladbacher-Textilwerke vormals Schneider und Firmen. Auf die Aussperrung in Hochholt übergehend, bemerkte der Kollege Hermes, wie leichtfertig im Münsterlande die Unternehmer mit der Aussperrung seien. Vor einigen Jahren sei dort die Aussperrung angebroht worden wegen einer Bewegung von 11 Hühnerinnen. Unser Verband werde alles aufbieten, die Verhältnisse zu bessern. Zum Schluß ging der Referent auf die Krefelder Färbereibewegung ein. Das Endergebnis liegt jetzt vor. Die sozialdemokratisch organisierten Färber hätten beschlossen, den Kampf abzubreaken. 17 Wochen haben dieselben nutzlos gestreikt. Die christlichen Führer sind ehrenvoll aus dieser Bewegung hervorgegangen.

Ueber die Ausführungen des Bezirksvorsitzenden folgte eine längere Ansprache, wodurch noch manches geklärt wurde. Mit einem Danke und mit der Bitte, bei der nächsten Versammlung ebenso zahlreich zu erscheinen, schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Versammlung.

Krefeld-Bockum. Die tapferen Genossen. Am 22. Juni fand hier eine allgemeine Versammlung der christlich-nationalen Arbeiter statt, zu der sich auch eine Anzahl sozialdemokratischer Färber unter Führung des Lohnkommissionsmitgliedes Busz eingefunden hatten. Der Referent, Kollege Fischer-Düsseldorf, sprach über den Färberstreik und seine Begleiterscheinungen. Er behandelte besonders die letzten Erscheinungen desselben, die internationale Bewegung und deren Erfolglosigkeit, sowie den Abbruch des Streiks in Barmen und Krefeld. Während des Vortrages machten sich, wie man uns schreibt, die Genossen schon durch allerhand unziemliche Bemerkungen, worauf allerdings die verdiente Abfuhr nicht ausblieb, unliebsam bemerkbar. In der Diskussion sprach dann zuerst der Genosse Busz. Allgemein hatte man erwartet, daß er wenigstens versuchen würde, das Vorgehen und die verfehlte Streittaktik der Genossen zu rechtfertigen. Aber weit gefehlt, — mit Schimpfen auf die Christlichen leitete er seine Ausführungen ein. Wohl verfuhr er, die Genossen von dem Vorwurf zu reinigen, sie hätten nicht alle friedlichen Mittel in Anwendung gebracht, um die Aussperrung zu vermeiden. Aber wie? — Er gab zu, daß seitens des christlichen Verbandes am Samstag vor der allgemeinen Aussperrung nochmals versucht worden sei, die Genossen zu bewegen, gemeinsam den letzten Vermittlungsversuch durch den Oberbürgermeister zu machen. Das hätten sie aber abgelehnt, weil sie erkannt hätten, — daß der Oberbürgermeister nicht die geeignete Person sei, zur Vermittlung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Als einem Herrn, wie dem Oberbürgermeister, der ehrlich versuchte, eine Verständigung zwischen den streikenden Parteien herbeizuführen, spricht ein führender Genosse die Qualifikation zur Vermittlung ab. Das ist allerdings die Höhe sozialdemokratischer Objektivität und Sachlichkeit. Der Genosse versuchte auch, den christlichen Färbem Angst vor der Zukunft zu machen. Er behauptete nämlich schamlos, die Arbeitgeber hätten den Ausschüssen gesagt, 'macht mit den Christlichen, den Lumpen, die Euch verraten haben, in Zukunft was ihr wollt'. Daß die Arbeitgeber einen solchen Anspruch nicht getan haben, glauben wir ohne weiteres feststellen zu dürfen. Bezeichnend ist aber die Art und Weise, wie die Genossen jetzt auftraten und die Arbeitgeber zu verdächtigen suchten. Es sprach dann ein christlicher Färber aus Sachsen, der den Genossen verschiedene bittere Wahrheiten aus ihren Domänen vorhielt. Das schien den Genossen derart auf die Nerven zu fallen, daß sie der Lappheit besseren Teil erwählten und sich brühten. Erst stellen sie möglichst viele Behauptungen auf, ohne Beweise zu bringen, und als man ihnen die Wahrheit sagte, gaben sie Perfengeld. Manches beherzigenswertes Wort wurde

noch geredet, so daß der Versammlungsleiter am Schluß mit Dank an die Redner feststellen konnte, daß die Versammlung recht aufläuternd gewirkt habe.

Neugersdorf (Sachsen.) Im Mittelpunkt der sächsischen Oberlausitz liegt die etwa 12000 Einwohner zählende Gemeinde Neugersdorf. Hier hat die moderne industrielle Entwicklung in der hiesigen Gegend am frühesten eingesetzt und sich auch am schärfsten ausgeprägt. Der Gründer der jetzigen Firma C. G. Hoffmann baute schon im Jahre 1862 die erste mechanische Weberei. Sie wurde der erste Großbetrieb. Die Firma beschäftigte im Jahre 1885 annähernd 1600 Arbeiter. Außerdem eine Anzahl Handwerker. Die moderne Entwicklung machte riesige Fortschritte. Anstelle der alten Bauernhöfe entstanden bald die größten Webereidörfer. Die Handweberei und das Verlagssystem wurden durch das heutige Fabrikssystem abgelöst. Im engeren hiesigen Industriegebiet sind heute, wenn wir nur die nächstliegenden Orte, wie Sibau, Leutersdorf, Seiffenheimsdorf und Ebersbach, hinzurechnen, etwa 12000 Textilarbeiter beschäftigt. Aus dem benachbarten Böhmen kommen jeden Tag über 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen, um auch hier Arbeit und Verdienst zu suchen. Anfänglich blieb das alte patriarchalische Verhältnis bestehen. Kapitalistische Entwicklung und moderne Gewerkschaftsbewegung sind aber untrennbar miteinander verbunden. So auch hier. Sobald die jüngere Generation heranwuchs, mußte das alte väterliche Verhältnis den neuen Zeitströmungen weichen. Schon im Jahre 1886 bildete sich hier ein Fachverein. In einigen Betrieben kam es auch zu kleinen Bewegungen, welche jedoch keinen ernsten Charakter annahmen. Wenn man auch zur damaligen Zeit noch nicht von einer festen gewerkschaftlichen Organisation reden konnte, so war doch dadurch jedenfalls der Gedanke an eine Organisation in den Vordergrund getreten. Nachdem der oben genannte Fachverein durch das Sozialistengesetz aufgelöst war, wurde im Jahre 1891 ein allgemeiner Arbeiterverein ins Leben gerufen. Damit kam in der sächsischen Oberlausitz die Arbeiterbewegung wieder in Fluß. Einige Jahre später wurde die erste gewerkschaftliche Organisation für die Textilarbeiter in Neugersdorf gegründet. Von hier aus wurden dann weitere Organisationsversuche unternommen. Neugersdorf bildet auch heute noch das Herz der Oberlausitzer Textilindustrie und der 'modernen' Arbeiterbewegung.

Trotz des rapiden Aufschwungs der Industrie lebt die Arbeiterschaft hier in sehr mäßigen Verhältnissen. Ueber den Verdienst in der hiesigen Textilindustrie orientieren am besten nachstehende Zahlen, welche von einwandfreier Seite festgestellt sind.

Im Jahre 1907 hatten in einer großen mechanischen Weberei

Table with 3 columns: Category, Age, and Salary. Rows include 5 Weber bis 21 J. alt (654,50 M.), 14 " 22 " 35 " (680,25 M.), 42 " 36 " 50 " (730,80 M.), 20 " über 50 " (568,10 M.), 81 " zusammen " (671,15 M.), 15 Weberinnen, 21 " (530,85 M.), 44 " 22 " 35 " (624,30 M.), 49 " 36 " 50 " (614,70 M.), 11 " über 50 " (554,55 M.), 119 " zusammen " (602,15 M.), 200 Weber u. Weberinnen " (632,50 M.).

Die Angaben stammen aus dem Hauptlohnbuch der Firma. Der Verfasser dieser Statistik hat nur solche Personen berücksichtigt, welche das ganze Jahr hindurch beschäftigt waren.

Man konnte erwarten, daß von diesen mäßigen Verhältnissen getrieben, in Arbeiterkreisen das Streben nach Besserstellung ihrer Lage tiefe Wurzel geschlagen hätte. Leider finden wir das Gegenteil. Wohl nirgends steht die Arbeiterschaft dem Geist des Vorwärtstreibens so indifferent ja vielfach feindlich gegenüber, wie es hier zu verzeichnen ist. Die Hauptursache ist ohne Zweifel die überkommene Bedürfnislosigkeit dieser Leute. Von den oben genannten 12000 Textilarbeitern werden heute etwa 1500 gewerkschaftlich organisiert sein. Im vorigen Jahre wurde auch hier der Grundstein zu einer Ortsgruppe unseres Verbandes gelegt. Durch intensive und ausdauernde Arbeit gelang es, eine stattliche Anzahl Mitglieder zu gewinnen. Neben der äußeren Entwicklung der Ortsgruppe wurde auch besonderer Wert auf die Schulung der Mitglieder gelegt. Außer den einzelnen Mitglieder-versammlungen wurde im vergangenen Winter ein sozialer Unterrichtskursus abgehalten. Die Leitung und Referate hatte Kollege Pöcher-Zittau übernommen, welcher die neue Reichsversicherungsordnung eingehend behandelte. Die Teilnehmerzahl (35 bis 40 Personen) war befriedigend. Auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung gibt es noch vieles zu verbessern. Daß wir diesen Fragen die notwendige Beachtung schenken, hat die Erfahrung längst gezeigt. Wir werden Gelegenheit haben darüber noch näheres zu berichten. Auch unsere Tätigkeit bei Lohnbewegungen hat bewiesen, daß wir ernstlich bestrebt sind, die Interessen unserer Mitglieder zu wahren, und wenn es notwendig ist auch mit Nachdruck zu vertreten.

Unsere Kollegen und Kolleginnen aber müssen noch mehr wie bisher aus ihrer Reserve heraustreten. Ihre Aufgabe ist es, durch unermüdete Agitation unseren Einfluß zu stärken. In den Kreisen der Unorganisierten müssen wir an Stelle der überkommenen Bedürfnislosigkeit die Erkenntnis pflanzen, daß auch die Arbeiterschaft Anspruch hat, im Arbeitsverhältnis ihre Rechte geltend zu machen, und einen ihrer Mitwirkung entsprechenden Anteil an den steigenden Ergebnissen des gemeinsamen Schaffens zu verlangen. Diese Leute müssen wir ferner zu überzeugen suchen, daß dieses nur dann möglich ist, wenn sie ihren Individualismus ablegen und eifrige Streiter und opferwillige Mitglieder unseres Verbandes werden. Wenn uns auch in dieser Hinsicht viele Hindernisse in den Weg treten, so werden wir dieselben durch eisernen Willen und einmütiges Zusammenarbeiten überwinden.

Schris (Sachsen) Wenn auch die Naturschönheiten der Oberlausitz und besonders das nahe gelegene Reiffetal in der jetzigen Jahreszeit viele ins Freie lockt, war doch die am 22. Juni abgehaltene Textilarbeiterversammlung gut besucht. Auch mehrere Mitglieder des christlichen Bauhandwerkerverbandes waren erschienen. Nach einigen Begrüßungsworten von seiten des Vorsitzenden erhielt Kollege Pöcher-Zittau das Wort zu seinem Vortrag über: 'Die neue Reichsversicherungsordnung und unsere nächsten Aufgaben.' Redner führte etwa folgendes aus: Die soziale Gesetzgebung in Deutschland und besonders die Arbeiterversicherung hat neben ihren Freunden auch sehr viele Feinde. Letztere finden wir in allen Schichten der Bevölkerung. Im allgemeinen wird die große Bedeutung der Arbeiterversicherung noch nicht anerkannt. Zunächst in nationaler Hinsicht. Die Berichte der Untersuchungskommissionen zeigen, daß die Beibrähigkeit unseres Volkes in den Industriebezirken zurückgeht. Deutschland kann aber nur seine jährlich um 900000 Köpfe zunehmende

Bevölkerung auf heimatischem Boden ernähren und Existenzmittel verschaffen, wenn sich seine Industrie wie bisher weiter entwickelt. Wenn nun die sozialen Gesehe und insbesondere die Arbeiterversicherung das Leben und die Gesundheit der Arbeiter schützen, erhalten und wiederherstellen will, wodurch die Wehrfähigkeit des deutschen Volkes immer mehr erhalten bleibt, so bedeutet das eine große nationale Last. Die deutsche Arbeiterversicherung bedeutet ferner eine große Entlastung der Armenpflege. Zahlen beweisen; die gesamten Krankheitskosten der Kranken- und Knappschaftsassen betragen im Jahre 1910 865 Millionen Mark; die Gesamtsumme der Entschädigungsbeträge der Unfallversicherung belief sich im selben Jahre auf 164,4 Millionen Mark; die Entschädigungen auf Grund der Invalidenversicherung betragen 197 Millionen Mark. Viele dieser Rentenempfänger wären jedenfalls der Armenpflege zur Last gefallen, wenn sie nicht durch die Arbeiterversicherung vor der äußersten Not geschützt wären.

Durch die Arbeiterversicherung wurde auch die charitative Tätigkeit wesentlich erleichtert und ergänzt. Diese, welche nur im Einzelfalle helfend eingreifen kann, reicht für die heutige Zeit, wo durch die große wirtschaftliche Umwälzung der letzten Jahrzehnte ein neuer Stand und damit auch eine neue gesellschaftliche Not entstanden ist, nicht mehr aus. Für die neue gesellschaftliche Not mußten neue Hilfsmittel geschaffen werden. Als dieses neue gesellschaftliche Hilfsmittel können wir u. a. auch die Arbeiterversicherung bezeichnen. Beide wollen die Wunden am wirtschaftlichen Körper des Arbeiterstandes zu heilen suchen. Während die charitative Tätigkeit nur individuell helfen kann, will die soziale Tätigkeit auch helfend insbesondere aber auch vorbeugend wirken. Unverständlich ist es, daß selbst konfessionelle Vereine und Korporationen, welche die charitative Tätigkeit als ihre Hauptaufgabe betrachteten, jeder sozialen Bestrebung, insbesondere dem Ausbau der Arbeiterversicherung indifferent, ja vielfach feindselig gegenüber stehen. Am letzten Ende machen sie dadurch häufig ihre eigene Arbeit illusorisch. Charitative Tätigkeit und soziale Tätigkeit müssen deshalb auch in den Vereinen, die sich besonders der charitativen Tätigkeit gewidmet haben, gleiche Beachtung finden. Auch für unsere Industrie ist die Arbeiterversicherung von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt zwingt dieselbe immer zur Herstellung von Qualitätsware. Eine wichtige Vorbedingung hierzu ist auch u. a. ein gesunder, kräftiger und geistig hochstehender Arbeiterstand. Wie steht's in dieser Hinsicht? In dem Bericht der Handelskammer Zittau von 1911 Seite 145 schreibt ein hervorragender Industrieller wörtlich: „Nicht unerwähnt darf bei dieser Gelegenheit bleiben, daß die Qualität der Arbeiter fortgesetzt minderwertiger wird.“ Wenn nun die Arbeiterversicherung die Gesundheit und dadurch auch die Leistungsfähigkeit der Arbeiter erhalten und wiederherstellen will, liegt das auch im Interesse der Industrie und des Volksganzen. Selbst in Arbeiterkreisen finden wir noch viele Vorurteile. Die Ursache ist vorwiegend die Unkenntnis der sozialen Gesehe. Die neue Reichsversicherungsordnung bringt uns viele Neuerungen und Verbesserungen. Unsere nächsten Aufgaben sind deshalb: 1. Schulung der Versicherten, um dieselben mit den wichtigsten Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung vertraut zu machen, 2. Abhaltung von Unterrichtskursen, um dadurch befähigte Vertreter in den einzelnen Instanzen heranzubilden, 3. Errichtung von Rechtsanwaltsstellen, wo sich die Versicherten in allen Fragen der Arbeiterversicherung Rat und Auskunft holen können. Zum Schluß hat Medner, diesen Fragen in Zukunft die notwendige Beachtung zu schenken. In der darauffolgenden Diskussion, woran sich mehrere Kollegen beteiligten, wurden noch einige Fragen eingehend besprochen. Gegen 1/10 Uhr wurde die in allen Teilen gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Spejart. (bad. Abtal). Wandert man von Ettlingen an der rechten Seite des Abtales hinaus, so gelangt man nach einstuändiger Wanderung durch den herrlichen Wald nach Spejart, einem von Ausflüglern viel besuchten Orte. Hier wie überall im Abtale pulsiert frisches, gemeinschaftliches Leben. Selbiges bekundete sich auch in dem guten Besuch unserer Versammlung am Sonntag, den 24. Juni. Nachdem das vom Kollegen Brehm verfaßte Protokoll genehmigt war, leit unser Vorsitzender Kollege Josef Kraft einen Vortrag über den gegenwärtigen Stand unserer Bewegung. An der nachfolgenden Diskussion beteiligten sich eine Anzahl Kollegen unserer Ortsgruppe. Anschließend daran wurde die Neuwahl eines Vertrauensmannes getätigt. Einer unserer jüngsten Kollegen trat dabei aus der Wahl hervor. Vom Vorsitzenden über seine Aufgaben informiert, versprach er mit aller Kraft für den Verband zu arbeiten.

Eine Kollegin unserer Ortsgruppe ist uns durch den Tod entzogen worden. An der Beerdigung beteiligten sich zwei Mitglieder des Vorstandes. In der üblichen Weise ehrte die Versammlung das Andenken an die Verstorbene.

Säckingen. Eine gut besuchte Generalversammlung hielt unsere Ortsgruppe am 19. Juni ab. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wahl des Kollegen Ueber als Vorsitzender, zum Schriftführer wurde einstimmig Kollege Albring gewählt. Am 3. August soll ein vöper nationaler Arbeitertag in Säckingen abgehalten werden. Mehrere Kollegen und Kolleginnen meldeten sich freiwillig zur Mitarbeit für die Vorbereitungen dieser Grundgebung. Erwähnlich war besonders, daß sich bei der Wahl einer Agitationskommission 8 Kolleginnen freiwillig zur Verfügung stellten. Zum Schluß sprach Kollege Kaiser über den Färbereipreist in Basel, Zürich und Krefeld. Bei den Anwesenden zeigte sich allgemeine Entrüstung über die aussergewöhnliche Art, mit der der sozialdemokratische Textilarbeiterverband Bewegungen macht.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Der Verband westdeutscher Konsumvereine e. V. hält vom 12. bis 14. Juli in seinen diesjährigen Gewerkschaftstag in Duisburg ab.

Außer den üblichen Berichten enthält die Tagesordnung einige bemerkenswerte Referate. Herr Reichstagsabgeordneter Beder erstattet ein Referat über die nationale Volksversicherung. Herr Rechtsanwalt Dr. Söblich über die Gewerkschaften im öffentlichen und privaten Recht. Als weitere Thematika werden behandelt der gewerkschaftliche Wanderverkehr,

Zweck und Ziele des internationalen Genossenschaftsbundes sowie genossenschaftliche Bildungsbestrebungen.

Zum Schluß der Tagung findet eine Fahrt durch den Hafen Duisburgs statt, welcher bekanntlich der größte Binnenhafen Deutschlands ist.

Berichtigung.

In Nr. 26 unseres Verbandsorgans Seite 207 ist ein Bericht von dem am 8. Juni d. J. stattgefundenen Ausflug der christlichen Gewerkschaften der Oberlausitz zum Abdruck gekommen. Der Ausflug, woran sich etwa 70 bis 80 Personen beteiligt haben, kann nicht, wie es in der Ueberschrift heißt, als eine Kundgebung angesehen werden. Die angegebenen 8000 Personen waren Besucher des Waldtheaters.

Versammlungskalender.

- Betztrath.** 12. Juli, 9 Uhr, bei Rudolf Gerats, Quartalsversammlung.
- Blombacherbach.** 18. Juli, 2 Uhr, bei Ed. Schneider, Laaten, Generalversammlung.
- Elberfeld.** 19. Juli, 8 1/2 Uhr, im Lokale Herkenrath, Monatsversammlung.
- Sehn.** 28. Juli, 1/2 9 Uhr, im Lokale von Magdalena Bösch.
- Sindfeld.** 13. Juli, 10 1/2 Uhr, im Lokale von Frau Witwe Gahnen, außerordentliche Generalversammlung.
- Kohlshaid.** 20. Juli, 11 Uhr, im Lokale Leo Engels.
- Korschenbroich.** 13. Juli, 4 Uhr, Familienfest bei Rob. Wefers, Neersbroich. Giederbuch mitbringen.
- Plaffenroth (bad. Abtal).** 16. Juli, 8 1/2 Uhr, im Döfen.
- Rheindahlen.** 20. Juli, 9 1/2 Uhr, bei Böcker.
- Rheindt.** 20. Juli, 11 Uhr, in der Bürgergesellschaft (Wahnhofhotel).
- Soran (H.-L.).** 17. Juli, 8 Uhr, im Gasthof zu den drei Linden.
- Waldhausen.** 12. Juli, 1/2 9 Uhr, bei Johann von der Burg, Quartalsversammlung.
- Walheim.** 13. Juli, nachm. 6 Uhr, bei Jakob Krott (am Bahnhof) Generalversammlung.
- Waffenberg.** 16. Juli, 7 1/2 Uhr, bei Wm. Schmitz, Generalversammlung.
- Wegberg.** 20. Juli, 1/2 11 Uhr, im Klinikum, beim Birten Heinrichs (im Zimmer links), Unterrichtskursus.
- 27. Juli, Ausflug nach Waffenberg. Sammelpunkt: Wirtschaft Heinrichs in Klinikum. Abmarsch daselbst punkt 1/2 2 Uhr.
- Wickrath.** 13. Juli, bei Pet. Frenken, Gewerkschaftsfeft.

IX. Agitationsbezirk

Brandenburg-Sachsen-Thüringen.

Den Kollegen und Kolleginnen hiermit zur gefälligen Kenntnisnahme, daß sich mein Wohnsitz seit dem 1. Juli in Dresden, Großenhainerstraße 75 I befindet. Alle Zuschriften erbitte ich an die neue Adresse.

Mit kollegialem Gruß!
Hermann Sparenberg, Bezirksleiter.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Franz Anton Kirsch in Glauchau.
- Eberhard Fischer in Haunstetten.
- Johann Posselt in Reichenau.
- Johann Reul in Eupen.
- Josef Weinbesinger in Colmar.
- Konrad Huppertz in Süchteln.
- Frau Kreuch in Viersen.
- Wilhelm Singter in M.-Glaubach.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Auleitung zur Durchführung der Heimarbeitreform. Preis 10 Pfg. Die Mitwirkung von Frauen und Männern aus allen Ständen, namentlich aber aus den Kreisen der christlich-national organisierten Arbeiterschaft, zur Durchführung der Heimarbeitreform ist dringend notwendig. Die vorliegende Schrift gibt in knapper Form sehr gute Anregungen dazu. Zu beziehen von der Zentralfelle zur Förderung der Heimarbeitreform Berlin, Kolonnenstraße.

Gesammelte apologetische Volksbibliothek. Zweiter Band. Volksvereins-Verlag M.-Glabach. Eine Zusammenstellung mehrerer im genannten Verlage während der letzten Jahre erschienenen apologetischen Flugschriften.

Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine (Hamburger Richtung) für das Jahr 1912. Preis 3 M.

Der vorliegende Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, erstattet zu Händen des zehnten ordentlichen Genossenschaftstags des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vom 16. bis 18. Juni 1913 in Dresden von dem Vorstand und herausgegeben im Auftrage des Vorstandes von dessen Mitglied Heinrich Kaufmann, ist eine Kollektivarbeit. Er enthält:

Nahrungsmittelsteuerung und Konsumgenossenschaften von Dr. Aug. Müller. Wirtschaftliche Kämpfe der Genossenschaften von Dr. Aug. Müller. Die Besteuerung der Konsumvereine, von Dr. Karl S. Mater. Die deutschen genossenschaftlichen Zentralverbände 1909-1911, von Heinrich Kaufmann. Der Stand der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung am 1. Januar 1913, von Heinrich Kaufmann. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine, von Heinrich Kaufmann. Die Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann u. Co., von Heinrich Kaufmann.

Als Anhänge sind beigegeben: Bericht der Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für das Rechnungsjahr 1912, erstattet im Auftrage des Vorstandes vom Vorsitzenden Heinrich Kaufmann. Bericht über die Tätigkeit des Tarifamts des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1912, erstattet von den beiden Vorsitzenden U. von Elm und S. Dreher. Bericht der Fortbildungskommission des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine über ihre Tätigkeit im Jahre 1912, erstattet von dem Sekretär der Fortbildungskommission H. Rupprecht. Sitzungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und Gesellschaftsvertrag der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. Abrechnung und Voranschläge des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Zahnbrecher, Dr. phil. et oec. publ. Der gewerbliche Arbeitsvertrag. Klein-Oktav XII und 212 S. Preis M. 1.—. (Sammlung Köpfel, Bändchen 63.) Verlag Köpfel, Rempten und München.

Die Zahl der gewerbegerichtlichen Streitfälle betrug in Deutschland allein während des Jahres 1911 rund 120 000. Rund 50 000 hiervon wurden durch Vergleich erledigt. Diese Zahlen beweisen schon zur Genüge, wie sehr es noch vielfach auf Seite der beteiligten Kreise, der Arbeitnehmer sowohl als der Arbeitgeber, an der nötigen Kenntnis der einschlägigen Gesetzesbestimmungen fehlt. Der Verfasser des vorliegenden Bändchens hat deshalb während der Jahre 1911 und 1912 einen großen Anzahl von Beamten, Angestellten und Werkmeistern in vollständigsten Vorträgen die notwendige Aufklärung über diese Dinge vermittelt und unterbreitet nun auf zahlreiche Wünsche hin seine praktischen Vorträge hiermit auch der breiteren Öffentlichkeit. Es ist Dr. Zahnbrecher gelungen, alle wichtigen Bestimmungen des gewerblichen Arbeitsvertrages in leicht verständlicher und dabei doch gründlicher und zuverlässiger Weise zu behandeln und die an sich trockene Materie durch Hunderte von praktischen Beispielen zu beleben. Wer immer einen gewerblichen Arbeitsvertrag, sei es nun als Arbeitgeber, Arbeiter, Angestellter oder Privatbeamter, abzuschließen hat, sollte in seinem eigenen Interesse dieses Bändchen zu Rate ziehen, wenn man auch mit einigen, in den Schlußbemerkungen enthaltenen Mahnungen an die Gesetzgebung als Arbeiter nicht unbedingt einverstanden zu sein braucht.

Inhaltsverzeichnis.

Sinnpruch. — Artikel: Das sozialdemokratische Verbrechen an der Krefelder Arbeiterschaft. — Stand und Entwicklung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912. — Das traurige Ende des Färbereipreists in Basel-Friedlingen. — Die Volksversicherung. — Feuilleton: Mein Vaterland. — Allgemeine Rundschau: Ein sozialdemokratischer Terrorismuschwandel. — Der Versuch, die christlichen Gewerkschaften tot zu streifen. — „Berliner“ Berichterstattung. — Die Wahlen der Versicherungsbeisitzer bei den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern. — Kriegervereine und Volksversicherung. — Seid vorsichtig mit Unterschriften. — Sehr unangebrachte Entrüstung. — Nicht zu niedrige Lohnklassen in den Krankentassen. — Wer verübt Streikbruch? — Die Genossen unter sich. — Der Streit in den Emmericher Margarinefabriken. — Aus unserer Industrie: Maßnahmen gegen die Fälschung des russischen Flachses. — Argentinische Wollfaison 1912/13. — Bericht über die Lage der deutschen Textilindustrie. — Der Umfang der Handspinnerei und Handweberei in Baden. — Samindustrie und Samhandel. — Die Abteilung für Textilindustrie in der Großen Ausstellung Düsseldorf 1913. — Verwendung der Baumwollabfälle in den Vereinigten Staaten von Amerika. — Aus dem Verbandsgebiete: Bekanntmachung. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Zur Aussperrung in der Wocholter und Rheder Textilindustrie. — Berichte aus den Ortsgruppen: Dahlhausen. — Ettlingen. — M.-Glabach-Blumenberg. — Krefeld-Bozum. — Neugersdorf. — Ostritz. — Spejart. — Säckingen. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Der Verband westdeutscher Konsumvereine e. V. — Berichtigungs-Versammlungskalender. — IX. Agitationsbezirk. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.

Mitglieder,
agiert für den Verband!